

No. 32541

**GERMANY
and
NORWAY**

Agreement concerning the avoidance of double taxation and mutual administrative assistance with respect to taxes on income and on capital (with protocol). Signed at Oslo on 4 October 1991

Authentic texts: German and Norwegian.

Registered by Germany on 8 February 1996.

**ALLEMAGNE
et
NORVÈGE**

Convention tendant à éviter la double imposition et réglant l'entraide administrative en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune (avec protocole). Signé à Oslo le 4 octobre 1991

Textes authentiques : allemand et norvégien.

Enregistré par l'Allemagne le 8 février 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DEM KÖNIGREICH NORWEGEN ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG UND ÜBER GEGENSEITIGE AMTSHILFE AUF DEM GEBIET DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich Norwegen –

von dem Wunsch geleitet, ein neues Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amtshilfe auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zu schließen –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats, seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für das Abkommen gilt, gehören insbesondere

- a) in der Bundesrepublik Deutschland:
 - i) die Einkommensteuer,

- ii) die Körperschaftsteuer,
 - iii) die Vermögenssteuer,
 - iv) die Gewerbesteuer und
 - v) die Grundsteuer
- (im folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);
- b) im Königreich Norwegen:
- i) die vom Staat erhobene Einkommensteuer (inntektsskatt til staten),
 - ii) die von den Regierungsbezirken erhobene Einkommensteuer (inntektsskatt til fylkeskommunen),
 - iii) die von den Gemeinden erhobene Einkommensteuer (inntektsskatt til kommunen),
 - iv) die vom Staat erhobenen Beiträge zum Steuerausgleichsfonds (fellesskatt til Skattefordelingsfondet),
 - v) die vom Staat erhobene Vermögensteuer (formuesskatt til staten),
 - vi) die von den Gemeinden erhobene Vermögensteuer (formuesskatt til kommunen),
 - vii) die vom Staat erhobene Steuer auf Einkünfte und Vermögen aus der Erforschung und Ausbeutung von unter dem Meer liegenden Ölvorkommen und hiermit zusammenhängenden Tätigkeiten und Arbeiten einschließlich des Transports von gefördertem Öl über Pipelines (skatt til staten vedrørende inntekt og formue i forbindelse med undersøkelse etter og utnyttelse av undersjøiske petroleumsforkomster og dertil knyttet virksomhet og arbeid, herunder rørledningstransport av utvunnet petroleum) und
 - viii) die vom Staat erhobenen Abgaben auf Einkünfte nichtansässiger Künstler (avgift til staten av honorarer som tilfaller kunstnere bosatt i utlandet)
- (im folgenden als „norwegische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die von einem Vertragsstaat nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommen, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder das Königreich Norwegen;
- b) bedeutet der Ausdruck „Königreich Norwegen“ das Königreich Norwegen einschließlich aller Gebiete außerhalb der Hoheitsgewässer des Königreichs Norwegen, in denen das Königreich Norwegen nach norwegischem Recht und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht seine Rechte hinsichtlich des Meeresbodens und Meeresuntergrunds sowie ihrer Natur-schätze ausüben darf; der Ausdruck umfaßt nicht Svalbard, Jan Mayen und die abhängigen Gebiete Norwegens („biland“);
- c) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“ das Gebiet, in dem das Steuerrecht der Bundesrepublik Deutschland gilt, einschließlich des an das Küstenmeer angrenzenden Meeresbodens, des Meeresuntergrunds und der darüberliegenden Wassersäule, soweit die Bundesrepublik Deutschland dort zur Erforschung und zur Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und ihrem innerstaatlichen Recht souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse ausübt;
- d) umfaßt der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- g) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;

- h) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
- i) in bezug auf das Königreich Norwegen alle natürlichen Personen, welche die Staatsangehörigkeit des Königreichs Norwegen besitzen, sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem im Königreich Norwegen geltenden Recht errichtet worden sind;
 - ii) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
- i) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
- i) im Königreich Norwegen den Minister für Finanzen und Zoll oder seinen bevollmächtigten Vertreter;
 - ii) in der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen oder seinen bevollmächtigten Vertreter.
- (2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, außer wenn es der Zusammenhang anders erfordert oder die zuständigen Behörden sich nach Artikel 25 auf eine gemeinsame Auslegung geeinigt haben, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfaßt jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenerm Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);

- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
 - c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
 - d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.
- (3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsführung befindet.

Artikel 5

Betriebsstätte

- (1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.
- (2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere:
- a) einen Ort der Leitung,
 - b) eine Zweigniederlassung,
 - c) eine Geschäftsstelle,
 - d) eine Fabrikationsstätte,
 - e) eine Werkstätte und
 - f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.
- (3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.
- (4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:
- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
 - b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;

- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, daß die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, daß dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muß jedoch derart sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus Beteiligungen an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

(3) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus der Vermietung von Behältern (einschließlich Anhängern und dazugehöriger Ausrüstung für die Beförderung von Behältern), die für die Beförderung von Gütern oder Waren im internationalen Verkehr benutzt werden, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Die Absätze 1 und 2 gelten für Gewinne des gemeinsamen norwegischen, dänischen und schwedischen Lufttransportkonsortiums Scandinavian Airlines System (SAS), aber nur soweit die Gewinne des Det Norske Luftfartsselskap A/S (DNL), des norwegischen Gesellschafters des Scandinavian Airlines System (SAS), seiner Beteiligung an dieser Organisation entsprechen.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 kann der Staat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, keine Steuer auf Dividenden erheben, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine im anderen Staat ansässige Gesellschaft (jedoch keine

Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt.

(4) Wenn und solange der in einem der Staaten erhobene Steuersatz für ausgeschüttete Gewinne einer Gesellschaft niedriger ist als der Steuersatz für nichtausgeschüttete Gewinne und der Unterschied zwischen den beiden Sätzen 5 Prozentpunkte oder mehr beträgt, kann jeder der Staaten ungeachtet des Absatzes 3 die Dividenden besteuern, die eine in einem der Staaten ansässige Gesellschaft an eine im anderen Staat ansässige Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) zahlt, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt; die Steuer darf aber nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der oben angegebene Unterschied 15 Prozentpunkte oder weniger beträgt;
- b) 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der oben angegebene Unterschied mehr als 15 Prozentpunkte beträgt.

Wenn jedoch der oben angegebene Unterschied in einem der Staaten 20 Prozentpunkte oder mehr beträgt, kann dieser Staat eine Steuer auf die Dividenden erheben, die 15 vom Hundert ihres Bruttobetrags nicht übersteigen darf.

(5) Die Absätze 2, 3 und 4 berühren nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(6) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheiden, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Rechten stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Vertragsstaats, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind, und Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter sowie Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen. Im Fall der Bundesrepublik Deutschland umfaßt der Ausdruck „Dividenden“ auch Einkünfte aus partiarischen Darlehen und Gewinnobligationen.

(7) Die Absätze 1, 2, 3 und 4 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine

dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(8) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, daß diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder daß die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art (auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert sind) und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Vertragsstaats, aus dem die Einkünfte stammen, als Einkünfte aus Darlehen behandelt werden. Der Ausdruck „Zinsen“ umfaßt jedoch nicht in Artikel 10 behandelte Einkünfte.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Staat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den

Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme und Filme oder Bandaufnahmen für Rundfunk oder Fernsehen, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen sowie von Behältern, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe, Luftfahrzeuge oder Behälter dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Gewinne des Unternehmens nach Artikel 8 besteuert werden können.

(4) Gewinne aus der Veräußerung aller Anteile oder der Mehrheit der Anteile einer Gesellschaft, deren Vermögenswerte ganz oder zum größten Teil aus in einem Vertragsstaat gelegenen unbeweglichen Vermögen bestehen, können in diesem Staat besteuert werden.

(5) Gewinne aus der vollständigen oder teilweisen Veräußerung einer wesentlichen Beteiligung an einer Gesellschaft können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Gesellschaft ansässig ist, wenn der im anderen Vertragsstaat ansässige Veräußerer eine natürliche Person ist, die

- a) im erstgenannten Staat nach Artikel 4 zu irgendeiner Zeit während der fünf der Veräußerung unmittelbar vorausgegangenen Jahre ansässig war und
- b) mit diesen Gewinnen im anderen Staat nicht der Besteuerung unterliegt.

Eine wesentliche Beteiligung besteht, wenn der Veräußerer mehr als 25 vom Hundert des Kapitals der Gesellschaft hält.

(6) Gewinne aus der Veräußerung des in den vorstehenden Absätzen nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so können die Einkünfte im anderen Vertragsstaat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 17, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während eines Zeitraums von 12 Monaten aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber getragen werden, der in dem Staat ansässig ist, in dem der Empfänger ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs, das im internationalen Verkehr betrieben wird, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteu-

ert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet. Soweit jedoch die Vergütungen in diesem Staat von der Steuer befreit sind, können sie im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

Bezieht eine im Königreich Norwegen ansässige Person Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Luftfahrzeugs ausgeübt wird, das vom Konsortium Scandinavian Airlines System (SAS) im internationalen Verkehr betrieben wird, so können diese Vergütungen nur im Königreich Norwegen besteuert werden.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrats oder eines ähnlichen Organs einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt. Das gilt auch für Einkünfte, die dieser anderen Person dafür zufließen, daß sie als Vermittler tätig ist oder anderweitig die Leistungen des Künstlers oder Sportlers einem Dritten zur Verfügung stellt, sowie für sonstige Zahlungen im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Künstlers oder Sportlers.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte, die ein Künstler oder Sportler aus seiner in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit bezieht, wenn er im anderen Staat ansässig ist und der Aufenthalt im erstgenannten Staat im wesentlichen unmittelbar oder mittelbar aus öffentlichen Kassen des anderen Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften unterstützt wird. In diesem Fall können die Einkünfte nur in dem Staat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler ansässig ist.

Artikel 18

Ruhegehälter, Unterhaltszahlungen, Renten und ähnliche Zahlungen

(1) Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Ruhegehälter, Renten und sonstige wiederkehrende oder einmalige Zahlungen, die ein Vertragsstaat, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften als Vergütung für einen Schaden, der als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden ist, an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person leistet, sind im anderen Vertragsstaat von der Steuer befreit.

(3) Leistungen aufgrund des Sozialversicherungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, die an eine im Königreich Norwegen ansässige Person gezahlt werden, können nur in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden.

(4) Unterhaltszahlungen – auch für Kinder –, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person leistet, sind im anderen Staat von der Steuer befreit, wenn die Unterhaltszahlungen bei der Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens des Schuldners im erstgenannten Staat nicht abzugsfähig sind.

Artikel 19

Öffentlicher Dienst

(1)

- a) Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft in Ausübung einer öffentlichen Funktion geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
 - i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
 - ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2) Auf Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätig-

keit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15 und 16 anzuwenden.

(3) Absatz 1 gilt auch für Vergütungen, die von der Deutschen Bundesbank, der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost oder der Norges Bank, Norges Statsbaner, Norges Postverk und Norges Televerk gezahlt werden. Er gilt ebenfalls für Vergütungen, die vom deutschen Goethe-Institut gezahlt werden, aber nur soweit diese Vergütungen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden.

Artikel 20

Tätigkeiten vor der Küste

(1) Dieser Artikel gilt ungeachtet der anderen Bestimmungen dieses Abkommens.

(2) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Erforschung oder Ausbeutung des Meeresbodens und Meeresuntergrunds und ihrer natürlichen Ressourcen in dem Gebiet erzielt, das an die Hoheitsgewässer des anderen Vertragsstaats angrenzt und in dem dieser Staat insoweit souveräne Rechte in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht ausübt, können vorbehaltlich der Absätze 3 und 4 im anderen Staat besteuert werden. Bei der Ermittlung dieser Gewinne gilt Artikel 7 Absätze 2 und 3 sinngemäß. Jedoch können, wenn diese Tätigkeit nicht länger als dreißig Tage in einem Zeitraum von zwölf Monaten ausgeübt werden, die Gewinne nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(3) Werden Tätigkeiten von einem Unternehmen ausgeübt und Tätigkeiten von einem anderen Unternehmen ausgeübt und sind die beiden Tätigkeiten so eng miteinander verbunden, daß sie als dieselbe Tätigkeit angesehen werden, und wird eines der Unternehmen unmittelbar oder mittelbar von dem anderen oder werden beide unmittelbar oder mittelbar von einem oder mehreren Dritten beherrscht, so werden die Tätigkeiten beider Unternehmen für die Berechnung der in Absatz 2 genannten Frist berücksichtigt.

(4) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Beförderung von Vorräten oder Personal an einen Ort oder zwischen Orten, an denen Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Erforschung oder Ausbeutung des Meeresbodens und Meeresuntergrunds und ihrer natürlichen Ressourcen in dem oben genannten, an einen Vertragsstaat angrenzenden Gebiet ausgeübt werden, oder aus dem Betrieb von Schleppern und anderen Schiffen, die Hilfsdienste leisten, bezieht, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(5)

- a) Vorbehaltlich des Buchstabens b können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit im Zusammenhang mit der Erforschung oder Ausbeutung des Meeresbodens und Meeresuntergrunds und ihrer natürlichen Ressourcen in dem oben genannten, an den anderen Vertragsstaat angrenzenden Gebiet bezieht, im anderen Staat besteuert werden, soweit die Dienste im anderen Staat vor der Küste geleistet werden, vorausgesetzt, daß die vor der Küste geleistete unselbständige Arbeit insgesamt länger als dreißig Tage während eines Zeitraums von zwölf Monaten ausgeübt wird.
- b) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs ausgeübt wird, das Vorräte oder Personal an einen Ort oder zwischen Orten befördert, an denen Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Erforschung oder Ausbeutung des Meeresbodens und Meeresuntergrunds und ihrer natürlichen Ressourcen in dem oben genannten, an einen Vertragsstaat angrenzenden Gebiet ausgeübt werden, oder aus unselbständiger Arbeit an Bord von Schleppern oder anderen Schiffen, die Hilfsdienste leisten, bezieht, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(6) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person erzielt aus der Veräußerung von

- a) Erforschungs- oder Ausbeutungsrechten oder
- b) Vermögen, das im anderen Vertragsstaat gelegen ist und im Zusammenhang mit Tätigkeiten vor der Küste verwendet wird, die in Absatz 2 bezeichnet sind und im anderen Staat ausgeübt werden, oder
- c) Anteilen an einer Gesellschaft, die ihren Wert oder den größeren Teil ihres Wertes unmittelbar oder mittelbar aus diesen Rechten oder diesem Vermögen oder den Rechten und dem Vermögen zusammengerechnet beziehen,

können im anderen Staat besteuert werden.

In diesem Absatz bedeutet „Erforschungs- oder Ausbeutungsrechte“ Rechte an Vermögen, das durch die Erforschung oder Ausbeutung des Meeresbodens und Meeresuntergrunds und ihrer natürlichen Ressourcen im anderen Vertragsstaat entsteht, einschließlich der Rechte an Anrechten an oder dem Nutzen aus derartigem Vermögen.

Artikel 21

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe, Luftfahrzeuge und Behälter, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe, Luftfahrzeuge oder Behälter dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Gewinne des Unternehmens nach Artikel 8 besteuert werden können.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

Vermeidung der Doppelbesteuerung

(1) Im Königreich Norwegen:

a) Bezieht eine im Königreich Norwegen ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und können diese Einkünfte

oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden, so nimmt das Königreich Norwegen vorbehaltlich der Buchstaben b und c diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.

- b) Bezieht eine im Königreich Norwegen ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10 und 13 Absätze 4 und 5 und den Artikeln 16, 17 und 20 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, so rechnet das Königreich Norwegen auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus der Bundesrepublik Deutschland bezogenen Einkünfte entfällt.
- c) Ungeachtet des Buchstabens b sind Dividenden, die von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft an eine im Königreich Norwegen ansässige Gesellschaft gezahlt werden, die unmittelbar mindestens 25 vom Hundert der Stimmrechte bei der die Dividenden zahlenden Gesellschaft beherrscht, von der norwegischen Steuer befreit, soweit die Dividenden nach dem Recht des Königreichs Norwegen von der Steuer befreit wären, wenn beide Gesellschaften im Königreich Norwegen ansässig wären.
- d) Einkünfte oder Vermögen einer im Königreich Norwegen ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung im Königreich Norwegen auszunehmen sind, können gleichwohl im Königreich Norwegen bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

(2) In der Bundesrepublik Deutschland:

Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer, wie folgt festgesetzt:

- a) Soweit nicht Buchstabe b anzuwenden ist, werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer die aus Quellen im Königreich Norwegen stammenden Einkünfte sowie die im Königreich Norwegen gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach dem Abkommen im Königreich Norwegen besteuert werden können. Bei der Festsetzung des Steuersatzes für die nicht so ausgenommenen Einkünfte oder Vermögenswerte berücksichtigt die Bundesrepublik Deutschland aber die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte. Auf Dividenden sind die vorstehenden Bestimmungen dieses Buchstabens nur dann anzuwenden, wenn es sich um Gewinnausschüttungen einer Aktiengesellschaft handelt, die

an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft von einer im Königreich Norwegen ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren stimmberechtigte Anteile zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der erstgenannten Gesellschaft gehören; diese Bestimmung gilt nicht bei Ausschüttungen von Beträgen, die bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft für Zwecke der norwegischen Steuer abgezogen worden sind. Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden, falls solche gezahlt werden, nach Maßgabe des vorhergehenden Satzes von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.

- b) Auf die von den nachstehenden Einkünften aus dem Königreich Norwegen zu erhebende deutsche Einkommen- und Körperschaftsteuer wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die norwegische Steuer angerechnet, die nach dem Recht des Königreichs Norwegen und in Übereinstimmung mit dem Abkommen gezahlt worden ist für
- i) Dividenden im Sinne des Artikels 10, die nicht unter Buchstabe a fallen;
 - ii) Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen, auf die Artikel 13 Absätze 4 und 5 Anwendung findet;
 - iii) Vergütungen, auf die Artikel 16 Anwendung findet;
 - iv) Einkünfte, auf die Artikel 17 Anwendung findet;
 - v) Einkünfte, die im Königreich Norwegen nur nach Artikel 20 besteuert werden können.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten deutschen Steuer nicht übersteigen, der auf diese Einkünfte entfällt.

(3) Für die Zwecke dieses Artikels gelten Gewinne oder Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person als aus Quellen im anderen Vertragsstaat stammend, wenn sie in Übereinstimmung mit dem Abkommen im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates

unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen aufgrund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt. Hat eine Gesellschaft eines Vertragsstaats eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, so kann der andere Staat die Betriebsstätte zu dem für nichtausgeschüttete Gewinne einer in diesem anderen Staat ansässigen Gesellschaft geltenden Satz besteuern.

(4) Sofern nicht Artikel 9, Artikel 11 Absatz 4 oder Artikel 12 Absatz 4 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, daß Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfaßt wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muß innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können nach den vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels insbesondere gemeinsam beraten, um nach Möglichkeit eine Einigung zu erreichen über

- a) eine übereinstimmende Zurechnung der Gewinne, die auf ein Unternehmen eines Vertragsstaats und auf seine im anderen Vertragsstaat gelegene Betriebsstätte entfallen;
- b) eine übereinstimmende Aufteilung der Gewinne auf verbundene Unternehmen im Sinne des Artikels 9;
- c) eine übereinstimmende Behandlung von Einkünften, die im Quellenstaat den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind und im anderen Staat anderen Einkünften zugerechnet werden.

(5) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren. Erscheint ein mündlicher Meinungsaustausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungsaustausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht. Bezieht sich das Verfahren auf einen Einzelfall, so sind die Betroffenen zu hören.

Artikel 26

Informationsaustausch

(1) die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens und des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheimzuhalten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befaßt sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offenlegen, aber nur, wenn die zuständige Behörde des die Informationen erteilenden Vertragsstaats keine Einwendungen erhebt.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 27

Unterstützung bei der Einziehung

(1) Die Vertragsstaaten werden sich bei einer entsprechend ihren Gesetzen durchgeführten Einziehung der unter das Abkommen fallenden Steuern einschließlich der Verspätungszuschläge, Steuerzuschläge, Zinsen und Kosten auf der Grundlage der Gegenseitigkeit Hilfe leisten, wenn die einzuziehenden Beträge nach den Gesetzen des ersuchenden Staates rechtskräftig geschuldet sind.

(2) Dem Ersuchen sind die Urkunden beizufügen, die nach den Gesetzen des ersuchenden Staates erforderlich sind, um nachzuweisen, daß die einzuziehenden Beträge rechtskräftig geschuldet sind.

(3) Beim Vorliegen dieser Urkunden sind die Zustellungen, Einziehungs- und Beitreibungsmaßnahmen in dem ersuchten Staat nach den Gesetzen durchzuführen, die für die Einziehung und Beitreibung der eigenen Steuern gelten. Insbesondere sind die Vollstreckungstitel in der Form auszufertigen, die den gesetzlichen Vorschriften dieses Staates entspricht. Befriedigungsvorrechte, die in dem ersuchten Staat für inländische Steuerforderungen bestehen, gelten nicht für Steuerforderungen, um deren Einziehung ersucht wird.

(4) Bei noch nicht rechtskräftigen Steuerforderungen kann der Gläubigerstaat für die Wahrung seiner Rechte den anderen Staat ersuchen, die vorläufigen Maßnahmen zu ergreifen, die in den Gesetzen des anderen Staates vorgesehen sind.

Artikel 28

Erstattung der Abzugsteuern

(1) Werden in einem der Vertragsstaaten die Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen Einkünften im Abzugsweg erhoben, so wird das Recht zur Vornahme des Steuerabzugs zum vollen Satz durch das Abkommen nicht berührt.

(2) Die zum vollen Satz im Abzugsweg einbehaltene Steuer ist jedoch auf Antrag zu erstatten, soweit ihre Erhebung durch das Abkommen eingeschränkt wird.

(3) Die Frist für den Antrag auf Erstattung beträgt vier Jahre nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen Einkünfte bezogen worden sind.

(4) Der Vertragsstaat, aus dem die Einkünfte stammen, kann eine amtliche Bescheinigung des Vertragsstaats, in dem der

Steuerpflichtige ansässig ist, über die Erfüllung der Voraussetzungen für die unbeschränkte Steuerpflicht in diesem Staat verlangen.

(5) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten führen die vorstehenden Bestimmungen im Weg der Verständigung nach Artikel 25 durch.

(6) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können im Weg der Verständigung auch andere Verfahren zur Durchführung der im Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen festlegen.

Artikel 29

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen, konsularischer Vertretungen und ständiger Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer völkerrechtlicher Übereinkünfte zustehen.

Artikel 30

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Das Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und findet erstmalig Anwendung

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar 1991 gezahlt oder gutgeschrieben werden;
- b) bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen bezüglich des Kalenderjahrs 1991 (einschließlich der in diesem Jahr endenden Wirtschaftsjahre) und der folgenden Jahre.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels darf die Steuer, die nach Artikel 10 Absatz 4 Buchstabe a von vor dem 1. Januar 1992 ausgeschütteten Dividenden (im Sinne des Absatzes 6 des genannten Artikels) erhoben wird, zwar 5 vom Hundert, nicht aber 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden übersteigen.

(4) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das am 18. November 1958 in Oslo unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amt- und Rechtshilfe auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und

vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer außer Kraft und findet nicht mehr Anwendung auf die Steuern, auf die dieses Abkommen nach den Absätzen 2 und 3 anzuwenden ist.

Artikel 31

Kündigung

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem der Vertragsstaaten gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann nach dem fünften auf das Jahr des Inkrafttretens des Abkommens folgenden Jahr das Abkommen auf diplomatischem Weg unter Einhaltung einer Frist von mindestens sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt oder gutgeschrieben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;
- b) bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen bezüglich des Kalenderjahrs (einschließlich der in diesem Jahr beginnenden Wirtschaftsjahre), das auf das Kündigungsjahr folgt.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben.

Geschehen zu Oslo am 4. Oktober 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher und norwegischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik
Deutschland:

HARALD HOFMANN

Für das Königreich
Norwegen:

JAN FLATLA

PROTOKOLL

Anlässlich der heutigen Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amtshilfe auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen haben die Unterzeichneten die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind.

1. Zu Artikel 5

die in Absatz 3 vorgesehene Frist von zwölf Monaten gilt auch für beaufsichtigende oder beratende Tätigkeiten, die durch eine mit der Bauausführung oder Montage in Zusammenhang stehende feste Geschäftseinrichtung ausgeübt werden.

2. Zu Artikel 8

Ein Unternehmen, für das Artikel 8 gilt, wird so angesehen, als habe es den Ort seiner tatsächlichen Geschäftsleitung in beiden Vertragsstaaten, wenn

- a) das Unternehmen von einer Gesellschaft oder anderen Personenvereinigung betrieben wird, bei der alle Gesellschafter gesamtschuldnerisch haften und mindestens einer der Gesellschafter unbeschränkt haftet, und
- b) mindestens einer der Gesellschafter in einem der Vertragsstaaten ansässig ist und einer oder mehrere von ihnen im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder sind und
- c) die tatsächliche Geschäftsleitung des Unternehmens nicht allein in einem der Vertragsstaaten ausgeübt wird.

In diesem Fall können die Gewinne des Unternehmens anteilmäßig in dem Staat besteuert werden, in dem die unter Buchstabe b genannten Gesellschafter ansässig sind.

3. Zu Artikel 10

- a) Dividenden, die von einer Gesellschaft ausgeschüttet werden, die nach Artikel 4 Absatz 1 in beiden Vertragsstaaten ansässig ist, können von jedem der Vertragsstaaten nach ihrem Recht und nach diesem Artikel besteuert werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln die Frage in gegenseitigem Einvernehmen, um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden.

b) Ungeachtet des Artikels 10 Absätze 2, 3 und 4 können Einkünfte aus Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder der Einkünfte aus partiarischen Darlehen, Gewinnobligationen oder aus Genußrechten oder Genußscheinen), die bei der Ermittlung der Gewinne des Schuldners abzugsfähig sind, in dem Vertragsstaat, aus dem die Einkünfte stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden.

4. Zu den Artikeln 10 bis 12

Der Empfänger von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren ist Nutzungsberechtigter im Sinne der Artikel 10, 11 und 12, wenn ihm das diesen Zahlungen zugrundeliegende Recht zusteht und ihm die Einkünfte hieraus nach dem Steuerrecht beider Staaten zuzurechnen sind.

5. Zu den Artikeln 15 und 23

Ungeachtet des Artikels 15 können die Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, die sie im anderen Vertragsstaat im Rahmen eines Vertrags zur Arbeitnehmerüberlassung ausübt, im anderen Staat besteuert werden.

Diese Vergütungen können ungeachtet des Artikels 23 auch in dem Staat besteuert werden, in dem der Arbeitnehmer ansässig ist. Dieser Staat rechnet die Steuer des anderen Staates nach den Grundsätzen des Artikels 23 Absatz 1 Buchstabe b oder Absatz 2 Buchstabe b an.

Die Vertragsstaaten können die Zahlung der auf diese Vergütungen entfallenden Steuer nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts vom Verleiher oder vom Entleiher verlangen oder sie dafür haftbar machen.

6. Zu Artikel 15

Wird ein Unternehmen, das Seeschiffe oder Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr betreibt, von einer Personengesellschaft mit unbeschränkter Haftung geführt, von der ein oder mehrere Gesellschafter in einem Vertragsstaat und ein oder mehrere Gesellschafter im anderen Vertragsstaat ansässig sind, und können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten keine Einigung über die Frage erzielen, in welchem der Vertragsstaaten sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet, so können die in Artikel 15 Absatz 3 behandelten Vergütungen in dem

Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist.

7. Zu Artikel 19

Solange die Bundesrepublik Deutschland nach ihrem Recht die in Artikel 19 Absatz 1 genannten Vergütungen, die ein Staatsangehöriger des Königreichs Norwegen bezieht, nicht besteuern kann, wird Absatz 1 Buchstabe b durch den folgenden Buchstaben b ersetzt:

„Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und Staatsangehöriger dieses Staates ist.

Diese Bestimmung ist auf Vergütungen anzuwenden, die vor dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Recht der Bundesrepublik Deutschland dahingehend geändert wird, daß diese Vergütungen in diesem Staat besteuert werden können.“

8. Zu Artikel 21

Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

9. Zu Artikel 23

Artikel 23 Absatz 2 schließt, wenn eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte ausschüttet, die sie aus Quellen innerhalb des Königreichs Norwegen bezogen hat, die Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland nicht aus.

10. Zu den Artikeln 23 und 25

Die Vertragsstaaten vermeiden die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 2 Buchstabe b, und nicht durch Steuerbefreiung nach Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe a oder Absatz 2 Buchstabe a.

- a) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 25 regeln läßt und
 - aa) wenn auf Grund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte doppelt besteuert würden oder
 - bb) wenn auf Grund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte unbesteuert blieben oder in der Bundesrepublik Deutschland oder im Königreich Norwegen von der Steuer befreit blieben oder
- b) wenn ein Vertragsstaat nach gehöriger Konsultation und vorbehaltlich der Beschränkungen seines innerstaatlichen Rechts dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert hat, auf die er diesen Absatz anzuwenden beabsichtigt, um die steuerliche Freistellung von Einkünften in beiden Vertragsstaaten oder sonstige Gestaltungen zum Mißbrauch des Abkommens zu verhindern.

Geschehen zu Oslo am 4. Oktober 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher und norwegischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik
Deutschland:

HARALD HOFMANN

Für das Königreich
Norwegen:

JAN FLATLA

[NORWEGIAN TEXT — TEXTE NORVÉGIEN]

OVERENSKOMST MELLOM FORBUNDSREPubLIKKEN TYSK-
LAND OG KONGERIKET NORGE TIL UNNGÅELSE AV DOB-
BELTBESKATNING OG OM GJENSIDIG ADMINISTRATIV BIS-
TAND MED HENSYN TIL SKATTER AV INNTEKT OG AV
FORMUE

Forbundsrepublikken Tyskland

og

Kongeriket Norge –

som ønsker å inngå en ny overenskomst til unngåelse av dobbeltbeskatning og om gjensidig administrativ bistand med hensyn til skatter av inntekt og formue –

er blitt enige om følgende:

Artikkel 1

De personer som overenskomsten gjelder

Denne overenskomst får anvendelse på personer som er bosatt i en av eller i begge de kontraherende stater.

Artikkel 2

Skatter som omfattes av overenskomsten

1 Denne overenskomst får anvendelse på skatter av inntekt og formue som utskrives for regning av en kontraherende stat eller dens forbundsland, eller dens regionale eller lokale forvaltningsmyndigheter, uten hensyn til på hvilken måte de oppkreves.

2 Som skatter av inntekt og formue anses alle skatter som utskrives av den samlede inntekt, av den samlede formue, eller av deler av inntekten eller formuen, herunder skatter av gevinst ved avhendelse av løsøre eller fast eiendom, så vel som skatter av verdistigning.

3 De gjeldende skatter som overenskomsten får anvendelse på er især:

a) I Forbundsrepublikken Tyskland:

i) inntektsskatten (die Einkommensteuer);

- ii) selskapsskatten (die Körperschaftssteuer);
 - iii) formuesskatten (die Vermögensteuer);
 - iv) næringskatten (die Gewerbesteuer); og
 - v) skatten på fast eiendom (die Grundsteuer);
- (i det følgende kalt «tysk skatt»);
- b) I Kongeriket Norge:
- i) inntektsskatt til staten;
 - ii) inntektsskatt til fylkeskommunen;
 - iii) inntektsskatt til kommunen;
 - iv) fellesskatt til Skattefordelingsfondet;
 - v) formuesskatt til staten;
 - vi) formuesskatt til kommunen;
 - vii) skatt til staten vedrørende inntekt og formue i forbindelse med undersøkelse etter og utnyttelse av undersjøiske petroleumforekomster og dertil knyttet virksomhet og arbeid, herunder rørledningstransport av utvunnet petroleum; og
 - viii) avgift til staten av honorarer som tilfaller kunstnere bosatt i utlandet;
- (i det følgende kalt «norsk skatt»).

4 Overenskomsten skal også få anvendelse på alle skatter av samme eller vesentlig lignende art, som i tillegg til eller i stedet for de gjeldende skatter blir utskrevet av en av de kontraherende stater etter tidspunktet for undertegningen av denne overenskomst.

Artikkel 3

Alminnelige definisjoner

1 Hvis ikke annet fremgår av sammenhengen har følgende uttrykk i overenskomsten denne betydning:

- a) «en kontraherende stat» og «den annen kontraherende stat» betyr Forbundsrepublikken Tyskland eller Kongeriket Norge, slik det fremgår av sammenhengen;
- b) «Kongeriket Norge» betyr Kongeriket Norge, herunder ethvert område utenfor Kongeriket Norges sjøterritorium, hvor Kongeriket Norge overensstemmende med norsk lovgivning og folkeretten, kan utøve sine rettigheter med hensyn til havbunnen og undergrunnen samt deres naturforekomster; uttrykket omfatter ikke Svalbard, Jan Mayen og de norske biland;

- c) «Forbundsrepublikken Tyskland» betyr det området hvor Forbundsrepublikken Tysklands skattelovgivning gjelder, herunder havbunnen som grenser mot sjøterritoriet, dennes undergrunn og overliggende vannmasse, for så vidt som Forbundsrepublikken Tyskland, når det gjelder undersøkelse etter og utnyttelse av naturforekomster, der utover suverene rettigheter og overherredømme i overensstemmelse med folkeretten og sin nasjonale lovgivning;
- d) «person» omfatter en fysisk person, et selskap og enhver annen sammenslutning;
- e) «selskap» betyr enhver juridisk person eller enhver enhet som i skattemessig henseende behandles som en juridisk person;
- f) «foretagende i en kontraherende stat» og «foretagende i den annen kontraherende stat» betyr henholdsvis et foretagende som drives av en person bosatt i en kontraherende stat og et foretagende som drives av en person bosatt i den annen kontraherende stat;
- g) «internasjonal fart» betyr enhver transport med skip eller luftfartøy drevet av et foretagende hvis virkelige ledelse har sitt sete i en kontraherende stat, unntatt når skipet eller luftfartøyet går i fart bare mellom steder i den annen kontraherende stat;
- h) «statsborgere» betyr:
- i) når det gjelder Kongeriket Norge, alle fysiske personer som er borgere av Kongeriket Norge og alle juridiske personer, interessentskap og sammenslutninger som erverver sin status som sådan i henhold til gjeldende lovgivning i Kongeriket Norge;
 - ii) når det gjelder Forbundsrepublikken Tyskland, enhver person som er tysk i henhold til Forbundsrepublikken Tysklands grunnlov artikkel 116 paragraf 1 og enhver juridisk person, interessentskap og sammenslutning som erverver sin status som sådan i henhold til gjeldende lovgivning i Forbundsrepublikken Tyskland;
- i) «kompetent myndighet» betyr:
- i) i Kongeriket Norge, finans- og tollministeren eller den som har fullmakt fra ham;
 - ii) i Forbundsrepublikken Tyskland, forbundsfinansministeren eller den som har fullmakt fra ham.

2 Ved en kontraherende stats anvendelse av denne overenskomst skal ethvert uttrykk som ikke er definert i overenskomsten, når ikke annet fremgår av sammenhengen eller de kompetente

myndigheter er enige om en felles betydning i medhold av artikkel 25, ha den betydning som følger av lovgivningen i vedkommende stat med hensyn til de skatter som denne overenskomst får anvendelse på.

Artikkel 4

Skattemessig bopel

1 I denne overenskomst betyr uttrykket «person bosatt i en kontraherende stat» enhver person som i henhold til lovgivningen i denne stat er skattepliktig der på grunnlag av domisil, bopel, sete for styre eller ethvert annet lignende kriterium. Uttrykket omfatter imidlertid ikke noen person som er skattepliktig i denne stat bare på grunnlag av inntekt fra kilder i denne stat eller formue som befinner seg der.

2 Når en fysisk person ifølge punkt 1 er bosatt i begge kontraherende stater, skal hans status avgjøres etter følgende regler:

- a) han skal anses for bosatt i den stat hvor han disponerer fast bolig. Hvis han disponerer fast bolig i begge stater, skal han anses for bosatt i den stat hvor han har de sterkeste personlige og økonomiske forbindelser (sentrum for livsinteressene);
- b) hvis det ikke kan bringes på det rene i hvilken stat han har sentrum for livsinteressene, eller hvis han ikke disponerer en fast bolig i noen av dem, skal han anses for bosatt i den stat hvor han har vanlig opphold;
- c) hvis han har vanlig opphold i begge stater eller ikke i noen av dem, skal han anses for bosatt i den stat hvor han er statsborger;
- d) hvis han er statsborger av begge stater eller ikke av noen av dem, skal de kompetente myndigheter i de kontraherende stater avgjøre spørsmålet ved gjensidig avtale.

3 Når en annen person enn en fysisk person ifølge punkt 1 anses for bosatt (hjemmehørende) i begge kontraherende stater, skal den anses for bosatt (hjemmehørende) i den kontraherende stat hvor den virkelige ledelse har sitt sete.

Artikkel 5

Fast driftssted

1 Uttrykket «fast driftssted» betyr i denne overenskomst et fast forretningssted gjennom hvilket et foretagendes virksomhet helt eller delvis blir utøvet.

2 Uttrykket «fast driftssted» omfatter særlig:

- a) et sted hvor foretaket har sin ledelse;

- b) en filial;
- c) et kontor;
- d) en fabrikk;
- e) et verksted, og
- f) et bergverk, en olje- eller gasskilde, et stenbrudd eller ethvert annet sted hvor naturforekomster utvinnes.

3 Stedet for et bygningsarbeid, et anleggs-, monterings- eller installasjonsprosjekt utgjør et fast driftssted bare hvis det varer mer enn tolv måneder.

4 Uansett de foranstående bestemmelser i denne artikkel, skal uttrykket «fast driftssted» ikke anses å omfatte:

- a) bruk av innretninger utelukkende til lagring, utstilling eller utlevering av varer som tilhører foretaket;
- b) opprettholdelsen av et varelager som tilhører foretaket utelukkende for lagring, utstilling eller utlevering;
- c) opprettholdelsen av et varelager som tilhører foretaket utelukkende for bearbeidelse ved et annet foretak;
- d) opprettholdelsen av et fast forretningssted utelukkende for innkjøp av varer eller til innsamling av opplysninger for foretaket;
- e) opprettholdelsen av et fast forretningssted utelukkende for reklame, meddelelse av opplysninger, vitenskapelig forskning eller lignende virksomhet som for foretaket er av forberedende art eller har karakter av en hjelpevirksomhet;
- f) opprettholdelsen av et fast forretningssted utelukkende for en kombinasjon av aktiviteter som nevnt i underpunktene a til e, forutsatt at det faste forretningsstedets samlede virksomhet som skrives seg fra denne kombinasjon, er av forberedende art eller har karakter av en hjelpevirksomhet.

5 Når en person, som ikke er en uavhengig mellommann som punkt 6 gjelder for, opptrer på vegne av et foretak og har, og vanligvis utøver, i en kontraherende stat fullmakt til å slutte kontrakter på vegne av foretaket, skal foretaket uansett punktene 1 og 2 anses for å ha et fast driftssted i denne stat for enhver virksomhet som denne person påtar seg for foretaket. Dette gjelder dog ikke hvis virksomheten er begrenset til å omfatte aktiviteter nevnt i punkt 4, og som hvis de ble utøvet gjennom et fast forretningssted ikke ville ha gjort dette fast forretningssted til et fast driftssted etter nevnte punkt.

6 Et foretak skal ikke anses for å ha et fast driftssted i en kontraherende stat bare av den grunn at det driver forretningsvir-

somhet i denne stat gjennom en megler, kommisjonær eller annen uavhengig mellommann, såfremt disse personer opptrer innenfor rammen av sin ordinære forretningsvirksomhet.

7 Den omstendighet at et selskap hjemmehørende i en kontraherende stat kontrollerer eller blir kontrollert av et selskap som er hjemmehørende i den annen kontraherende stat, eller som utøver forretningsvirksomhet i denne annen stat (enten gjennom et fast driftssted eller på annen måte), medfører ikke i seg selv at et av disse selskaper anses for et fast driftssted for det annet.

Artikkel 6

Inntekt av fast eiendom

1 Inntekt som en person bosatt i en kontraherende stat oppebærer av fast eiendom (herunder inntekt av jordbruk eller skogbruk) som ligger i den annen kontraherende stat, kan skattlegges i denne annen stat.

2 Uttrykket «fast eiendom» skal ha den betydning som det har etter lovgivningen i den kontraherende stat hvor vedkommende eiendom ligger. Uttrykket omfatter under enhver omstendighet tilbehør til fast eiendom, besetning og redskaper som anvendes i jordbruk og skogbruk, rettigheter som er undergitt privatrettens regler om fast eiendom, bruksrett til fast eiendom og rett til varierende eller faste ytelser som vederlag for utnyttelse av eller retten til å utnytte mineralforekomster, kilder og andre naturforekomster. Skip og luftfartøy anses ikke som fast eiendom.

3 Punkt 1 får anvendelse på inntekt som oppebæres ved direkte bruk, utleie eller ved enhver annen form for utnyttelse av fast eiendom.

4 Punktene 1 og 3 får også anvendelse på inntekt av fast eiendom som tilhører et foretagende, og på inntekt av fast eiendom som anvendes ved utøvelse av selvstendige personlige tjenester.

Artikkel 7

Fortjeneste ved forretningsvirksomhet

1 Fortjeneste som oppebæres av et foretagende i en kontraherende stat skal bare kunne skattlegges i denne stat, med mindre foretaget utøver forretningsvirksomhet i den annen kontraherende stat gjennom et fast driftssted der. Hvis foretaget utøver slik forretningsvirksomhet, kan dets fortjeneste skattlegges i den annen stat, men bare så meget av den som kan tilskrives det faste driftssted.

2 Når et foretagende i en kontraherende stat utøver forretningsvirksomhet i den annen kontraherende stat gjennom et fast driftssted der, skal det, med forbehold av punkt 3, i hver kontraherende stat tilskrives det faste driftssted den fortjeneste som det ventelig ville ha ervervet hvis det hadde vært et særskilt og selvstendig foretagende som utøvet samme eller lignende virksomhet under de samme eller lignende forhold og som opptrådte helt uavhengig i forhold til det foretagende hvis faste driftssted det er.

3 Ved fastsettelsen av at fast driftssteds fortjeneste skal det innrømmes fradrag for utgifter som er påløpt i forbindelse med det faste driftssted, herunder direksjons- og alminnelige administrasjonsutgifter, uansett om de er påløpt i den stat hvor det faste driftssted ligger eller andre steder.

4 I den utstrekning det har vært vanlig praksis i en kontraherende stat å fastsette den fortjeneste som skal tilskrives et fast driftssted på grunnlag av en fordeling av foretagendets samlede fortjeneste på dets forskjellige avdelinger, skal intet i punkt 2 utelukke denne kontraherende stat fra å fastsette den skattbare fortjeneste ved en slik fordeling som måtte være vanlig. Den fordelingsmetode som anvendes skal imidlertid være slik at resultatet blir overensstemmende med de prinsipper som er fastsatt i denne artikkel.

5 Ingen fortjeneste skal henføres til et fast driftssted utelukkende i anledning av dettes innkjøp av varer for foretagendet.

6 Ved anvendelse av de foranstående punkter skal den fortjeneste som tilskrives det faste driftssted fastsettes etter den samme fremgangsmåte hvert år, med mindre det er tydestgjørende grunn for noe annet.

7 Hvor fortjenesten omfatter inntekter som er særskilt omhandlet i andre artikler i denne overenskomst, skal bestemmelsene i disse artikler ikke berøres av reglene i nærværende artikkel.

Artikkel 8

Skipsfart og luftfart

1 Fortjeneste ved driften av skip eller luftfartøy i internasjonal fart skal bare kunne skattlegges i den kontraherende stat hvor den virkelige ledelse for foretagendet har sitt sete.

2 Punkt 1 får også anvendelse på fortjeneste oppebåret ved deltakelse i en «pool», et felles forretningsforetagende eller et internasjonalt driftskontor.

3 Fortjeneste oppebåret av et foretagende hjemmehørende i en kontraherende stat ved utleie av containere (innbefattet tilhengere og tilknyttet utstyr for transport av containere) benyttet til transport

av varer i internasjonal trafikk, skal bare kunne skattlegges i den kontraherende stat hvor den virkelige ledelse for foretaget har sitt sete.

4 Punktene 1 og 2 skal få anvendelse på fortjeneste oppebåret av det felles norske, danske og svenske luftfartskonsortium Scandinavian Airlines System (SAS), men bare i den utstrekning fortjenesten oppebåret av Det Norske Luftfartselskap A/S (DNL), den norske interessent i Scandinavian Airlines System (SAS), svarer til dens andel i nevnte organisasjon.

Artikkel 9

Foretagender med fast tilknytning til hverandre

I tilfelle hvor

- a) et foretagende i en kontraherende stat deltar direkte eller indirekte i ledelsen, kontrollen eller kapitalen i et foretagende i den kontraherende stat, eller
- b) samme personer deltar direkte eller indirekte i ledelsen, kontrollen eller kapitalen i et foretagende i en kontraherende stat og et foretagende i den annen kontraherende stat,

skal følgende gjelde:

Dersom det i slike tilfelle mellom de to foretagender blir avtalt eller pålagt vilkår i deres kommersielle eller finansielle samkvem som avviker fra dem som ville ha vært avtalt mellom uavhengige foretagender, kan enhver fortjeneste som uten disse vilkår ville ha tilfalt et av foretagendene, men i kraft av disse vilkår ikke har tilfalt dette, medregnes i og skattlegges sammen med dette foretagendets fortjeneste.

Artikkel 10

Dividender

1 Dividender som utdeles av et selskap hjemmehørende i en kontraherende stat til en person bosatt i den annen kontraherende stat, kan skattlegges i denne annen stat.

2 Slike dividender kan imidlertid også skattlegges i den kontraherende stat hvor det selskap som utdeler dividendene er hjemmehørende og i henhold til denne stats lovgivning, men hvis mottakeren er den virkelige rettighetshaver til dividendene skal den skatt som ilegges ikke overstige 15 prosent av dividendenes bruttobeløp.

3 Uansett punkt 2 kan den stat i hvilken det utdelende selskap er hjemmehørende ikke skattlegge dividendene, dersom den virkelige rettighetshaver til dividendene er et selskap (unntatt et

interessentskap) som er hjemmehørende i den annen stat og direkte innehar minst 25 prosent av det utdelende selskaps kapital.

4 Uansett punkt 3 kan hver av statene, hvis og så lenge en av statene nytter en skattesats på et selskaps utdelte overskudd som er lavere enn den skattesats som nyttes på selskapets ikke-utdelte overskudd, og differansen mellom disse skattesatser er 5 prosentpoeng eller mer, utligne en skatt på dividender som utdeles av et selskap hjemmehørende i en av statene til et selskap (unntatt et interessentskap) som er hjemmehørende i den annen stat og som direkte innehar minst 25 prosent av det utdelende selskaps kapital, men den skatt som ilegges skal ikke overstige:

- a) 5 prosent av dividendenes bruttobeløp, hvis den ovennevnte differanse er 15 prosentpoeng eller mindre;
- b) 10 prosent av dividendenes bruttobeløp, hvis den ovennevnte differanse overstiger 15 prosentpoeng.

Når imidlertid den ovennevnte differanse utgjør 20 prosentpoeng eller mer, kan denne stat utligne en skatt på dividenden, som ikke kan overstige 15 prosent av dividendenes bruttobeløp.

5 Punktene 2, 3 og 4 berører ikke skattleggingen av selskapet for så vidt angår den fortjeneste som dividendene utdeles av.

6 Uttrykket «dividender» i denne artikkel betyr inntekt av aksjer, «jouissance» aksjer eller «jouissance» rettigheter, bergverksaksjer, stifterandeler eller andre rettigheter som ikke er gjeldsfordringer, med rett til andel i overskudd, så vel som inntekt av andre rettigheter som etter lovgivningen i den stat hvor det utdelende selskap er hjemmehørende, er undergitt den samme skattemessige behandling som inntekt av aksjer. Uttrykket omfatter også inntekt oppebåret av stille deltaker fra deltakelse som sådan, samt utbetalinger på grunnlag av deltakerbevis i et investeringsfond. Når det gjelder Forbundsrepublikken Tyskland, omfatter «dividender» også inntekt fra et «partiarisches Darlehen» og fra «Gewinnobligationen».

7 Punktene 1, 2, 3 og 4 får ikke anvendelse når den virkelige rettighetshaver til dividendene er bosatt i en kontraherende stat og utøver forretningsvirksomhet gjennom et fast driftssted i den annen kontraherende stat hvor det utdelende selskap er hjemmehørende, eller i denne annen stat yter selvstendige personlige tjenester fra et fast sted der, og de aksjer som dividendene utdeles av reelt er knyttet til det faste driftssted eller det faste sted. I så fall får henholdsvis artikkel 7 eller artikkel 14 anvendelse.

8 Når et selskap hjemmehørende i en kontraherende stat oppebærer fortjeneste eller inntekt fra den annen kontraherende

stat, kan denne annen stat ikke skattlegge dividender utdelt av selskapet, med mindre dividendene er utdelt til en person bosatt i denne annen stat eller de aksjer som dividendene utdeles av er reelt knyttet til et fast driftssted eller et fast sted i denne annen stat, og kan heller ikke skattlegge selskapets ikke-utdelte overskudd selv om de utdelte dividender eller det ikkeutdelte overskudd består helt eller delvis av fortjeneste eller inntekt som skriver seg fra denne annen stat.

Artikkel 11

Renter

1 Renter som skriver seg fra en kontraherende stat og utbetales til en person bosatt i den annen kontraherende stat, skal, dersom denne person er den virkelige rettighetshaver til rentene, bare kunne skattlegges i denne annen stat.

2 Uttrykket «renter» i denne artikkel betyr inntekt av fordringer av enhver art (uansett om de er sikret ved pant i fast eiendom eller ikke), og omfatter særlig inntekt av statsobligasjoner og inntekt av andre obligasjoner eller gjeldsbrev, herunder premie- og tilleggsbeløp som knytter seg til slike obligasjoner eller gjeldsbrev, så vel som all annen inntekt som etter skattelovgivningen i den kontraherende stat hvor inntekten skriver seg fra behandles som inntekt av utlånt kapital. Uttrykket «renter» omfatter imidlertid ikke inntekt som er omhandlet i artikkel 10.

3 Punkt 1 får ikke anvendelse når den virkelige rettighetshaver til rentene er bosatt i en kontraherende stat og utøver forretningsvirksomhet gjennom et fast driftssted i den annen stat hvor rentene skriver seg fra, eller i denne annen stat yter selvstendige personlige tjenester fra et fast sted der, og den fordring som foranlediger rentebetalingen reelt er knyttet til det faste driftssted eller det faste sted. I så fall får heholdsvis artikkel 7 eller artikkel 14 anvendelse.

4 Når rentebeløpet, på grunn av et særlig forhold mellom betaleren og den virkelige rettighetshaver eller mellom begge og tredjemann, og sett i relasjon til den gjeld som det erlegges for, overstiger det beløp som ville ha vært avtalt mellom betaleren og den virkelige rettighetshaver hvis det særlige forhold ikke hadde foreligget, skal denne artikkel bare få anvendelse på det sistnevnte beløp. I så fall skal den overskytende del av betalingen kunne skattlegges i henhold til lovgivningen i hver av de kontraherende stater under hensyntagen til denne overenskomsts øvrige bestemmelser.

Artikkel 12

Royalty

1 Royalty som skriver seg fra en kontraherende stat og utbetales til en person bosatt i den annen kontraherende stat, skal, dersom denne person er den virkelige rettighetshaver til royaltyen, bare kunne skattlegges i denne annen stat.

2 Uttrykket «royalty» i denne artikkel betyr betaling av enhver art som mottas som vederlag for bruken av, eller retten til å bruke, enhver opphavsrett til verker av litterær, kunstnerisk eller vitenskapelig karakter, herunder kinematografiske filmer, filmer eller bånd for radio- eller fjernsynsutsendelse, alle slags patenter, varemerker, mønster eller modeller, tegninger, hemmelige formler eller fremstillingsmåter, eller for opplysninger om industrielle, kommersielle eller vitenskapelige erfaringer.

3 Punkt 1 får ikke anvendelse når den virkelige rettighetshaver til royaltyen er bosatt i en kontraherende stat og utover forretningsvirksomhet gjennom et fast driftssted i den annen kontraherende stat hvor royaltyen skriver seg fra, eller i denne annen stat yter selvstendige personlige tjenester fra et fast sted der, og den rettighet eller eiendom som foranlediger betalingen av royaltyen reelt er knyttet til det faste driftssted eller det faste sted. I så fall får henholdsvis artikkel 7 eller artikkel 14 anvendelse.

4 Når royaltybeløpet, på grunn av et særlig forhold mellom betaleren og den virkelige rettighetshaver eller mellom begge og tredjemann, og sett i relasjon til den bruk, rettighet eller opplysning som det er vederlag for, overstiger det beløp som ville ha vært avtalt mellom betaleren og den virkelige rettighetshaver hvis det særlige forhold ikke hadde foreligget, skal denne artikkel bare få anvendelse på det sistnevnte beløp. I så fall skal den overskytende del av betalingen kunne skattlegges i henhold til lovgivningen i hver av de kontraherende stater under hensyntagen til denne overenskomsts øvrige bestemmelser.

Artikkel 13

Formuedsgevinst

1 Gevinst som en person bosatt i en kontraherende stat oppbærer ved avhendelse av fast eiendom som omhandlet i artikkel 6, og som ligger i den annen kontraherende stat, kan skattlegges i denne annen stat.

2 Gevinst ved avhendelse av løsøre som utgjør driftsmidler knyttet til et fast driftssted som et foretagende i en kontraherende stat har i den annen kontraherende stat, kan skattlegges i denne annen stat. Dette gjelder også løsøre knyttet til et fast sted som en

person bosatt i en kontraherende stat har i den annen kontraherende stat for utøvelse av selvstendige personlige tjenester. Det samme gjelder gevinst ved avhendelse av slikt fast driftssted (alene eller sammen med hele foretaket) eller av fast sted som nevnt.

3 Gevinst ved avhendelse av skip eller luftfartøy så vel som containere, drevet i internasjonal fart, eller løsøre knyttet til driften av slike skip, luftfartøy eller containere, skal bare kunne skattlegges i den kontraherende stat hvor foretakets fortjeneste kan skattlegges i henhold til artikkel 8.

4 Gevinst ved avhendelse av alle eller flertallet av aksjene i et selskap hvis aktiva helt eller hovedsaklig består av fast eiendom som ligger i en kontraherende stat, kan skattlegges i denne stat.

5 Gevinst ved hel eller delvis avhendelse av en vesentlig eierandel i et selskap kan skattlegges i den kontraherende stat hvor selskapet er hjemmehørende, dersom avhenderen er en fysisk person bosatt i den annen kontraherende stat som

- a) var bosatt i den førstnevnte stat i henhold til artikkel 4 på noe tidspunkt i løpet av en fem-års periode umiddelbart forut for avhendelsen, og
- b) ikke er skattepliktig i den annen stat for slik gevinst.

En vesentlig eierandel foreligger når avhenderen forøyer over mer enn 25 prosent av selskapets kapital.

6 Gevinst ved avhendelse av enhver annen formuesgjenstand enn omhandlet i de foregående punkter skal bare kunne skattlegges i den kontraherende stat hvor avhenderen er bosatt.

Artikkel 14

Selvstendige personlige tjenester (fritt yrke)

1 Inntekt som en person bosatt i en kontraherende stat oppbærer gjennom utøvelse av et fritt yrke eller annen virksomhet av selvstendig karakter, skal bare kunne skattlegges i denne stat, med mindre han i den annen kontraherende stat har et fast sted som regelmessig står til hans rådighet for utøvelse av hans virksomhet. Hvis han råder over et slikt fast sted, kan inntekten skattlegges i den annen kontraherende stat, men bare så meget av den som kan tilskrives dette faste sted.

2 Uttrykket «fritt yrke» omfatter særlig selvstendig virksomhet av vitenskapelig, litterær, kunstnerisk, pedagogisk eller undervisningsmessig art, så vel som selvstendig virksomhet som lege, advokat, ingeniør, arkitekt, tannlege og revisor.

Artikkel 15

Uselvstendige personlige tjenester (lønnsarbeid)

1 Med forbehold av artiklene 16, 17, 18 og 19 skal lønn og annen lignende godtgjørelse som en person bosatt i en kontraherende stat mottar i anledning av lønnsarbeid, bare kunne skattlegges i denne stat, med mindre lønnsarbeidet er utført i den annen kontraherende stat. Hvis arbeidet er utført der, kan godtgjørelse som skriver seg fra dette skattlegges i denne annen stat.

2 Uansett punkt 1, skal godtgjørelse som en person bosatt i en kontraherende stat mottar i anledning av lønnsarbeid utført i den annen kontraherende stat, bare kunne skattlegges i den førstnevnte stat, dersom:

- a) mottakeren oppholder seg i denne annen stat i et eller flere tidsrom som til sammen ikke overstiger 183 dager i løpet av enhver tolv-måneders periode; og
- b) godtgjørelsen blir belastet en arbeidsgiver som er bosatt i den stat der mottakeren er bosatt; og
- c) godtgjørelsen ikke belastes et fast driftssted eller et fast sted som arbeidsgiveren har i denne annen stat.

3 Uansett de foranstående bestemmelser i denne artikkel kan godtgjørelse for lønnsarbeid utført om bord i et skip eller luftfartøy drevet i internasjonal fart, skattlegges i den kontraherende stat hvor den virkelige ledelse for foretagendet har sitt sete. I den utstrekning godtgjørelsen er unntatt fra beskatning i denne stat, kan imidlertid godtgjørelsen skattlegges i den annen kontraherende stat.

Hvor en person bosatt i Kongeriket Norge mottar godtgjørelse for lønnsarbeid utført om bord i et luftfartøy drevet i internasjonal fart av konsortiet Scandinavian Airlines System (SAS), skal slik godtgjørelse bare kunne skattlegges i Kongeriket Norge.

Artikkel 16

Styregodtgjørelse

Styregodtgjørelse og lignende vederlag som oppbæres av en person bosatt i en kontraherende stat, i egenskap av medlem av styret eller lignende organ i et selskap som er hjemmehørende i den annen kontraherende stat, kan skattlegges i denne annen stat.

Artikkel 17

Artister og idrettsutøvere

1 Uansett artiklene 7, 14 og 15, kan inntekt som en person bosatt i en kontraherende stat oppebærer ved personlig virksomhet utøvet i den annen kontraherende stat som artist, så som skuespiller, filmskuespiller, radio- eller fjernsynsartist, musiker eller idrettsutøver, skattlegges i denne annen stat.

2 Når inntekt som skriver seg fra personlig virksomhet utøvet av en artist eller en idrettsutøver i denne egenskap, ikke tilfaller artisten eller idrettsutøveren selv, men en annen person, kan inntekten, uansett artiklene 7, 14 og 15, skattlegges i den kontraherende stat hvor artisten eller idrettsutøveren utøver virksomheten. Dette gjelder også for inntekt som tilfaller en slik annen person for å opptre som mellommann eller for på annen måte å stille artistens eller idrettsutøverens tjenester til rådighet for en annen person, samt for andre utbetalinger som har sammenheng med virksomheten utøvet av artisten eller idrettsutøveren.

3 Punktene 1 og 2 får ikke anvendelse på inntekt som skriver seg fra virksomhet utøvet i en kontraherende stat av artister eller idrettsutøvere bosatt i den annen stat hvis besøket i den førstnevnte stat hovedsakelig er understøttet, direkte eller indirekte, av offentlige fond i den annen kontraherende stat eller en av dens regionale eller lokale forvaltningsmyndigheter. I slikt tilfelle skal inntekten bare kunne skattlegges i den stat hvor artisten eller idrettsutøveren er bosatt.

Artikkel 18

Pensjoner, underholdsbidrag, livrenter, og lignende utbetalinger

1 Pensjoner og annen lignende godtgjørelse som betales til en person bosatt i en kontraherende stat skal bare kunne skattlegges i denne stat.

2 Pensjoner, livrenter og andre tilbakevendende eller ikkertilbakevendende beløp som en kontraherende stat, et av dens forbundsland eller en av dens regionale eller lokale forvaltningsmyndigheter betaler til en person bosatt i den annen kontraherende stat som erstatning for skade som er oppstått som følge av krigshandlinger eller politisk forfølgelse, skal være unntatt fra beskatning i denne annen kontraherende stat.

3 Utbetalinger i henhold til sosialtrygdlovgivningen i Forbundsrepublikken Tyskland som betales til en person bosatt i Kongeriket Norge, skal bare kunne skattlegges i Forbundsrepublikken Tyskland.

4 Underholdsbidrag – herunder barnebidrag – som betales av en person bosatt i en kontraherende stat til en person bosatt i den annen kontraherende stat, skal være unntatt fra beskatning i denne annen stat dersom slike underholdsbidrag eller stønadsbeløp ikke er fradragsberettiget i den førstnevnte stat ved beregningen av betalerens skattbare inntekt.

Artikkel 19

Offentlig tjeneste

1

- a) Godtgjørelse, unntatt pensjon, som utredes av en kontraherende stat, et av dens forbundsland eller en av dens regionale eller lokale forvaltningsmyndigheter til en fysisk person, for tjenester som er ytet denne stat eller forbundsland eller forvaltningsmyndighet som nevnt under utøvelse av offentlige funksjoner, skal bare kunne skattlegges i denne stat.
- b) Slik godtgjørelse skal imidlertid kunne skattlegges bare i den annen kontraherende stat hvis tjenestene er utført i denne stat og mottakeren er bosatt i denne stat og:
 - i) er statsborger av denne stat; eller
 - ii) ikke bosatte seg i denne stat bare i den hensikt å utføre de nevnte tjenester der.

2 Artiklene 15 og 16 skal få anvendelse på godtgjørelse, bortsett fra pensjoner, i anledning av tjenester som er ytet i forbindelse med forretningsvirksomhet drevet av en kontraherende stat, et av dens forbundsland eller en av dens regionale eller lokale forvaltningsmyndigheter.

3 Punkt 1 skal også få anvendelse på godtgjørelse betalt av Deutsche Bundesbank, Deutsche Bundesbahn og Deutsche Bundespost eller av Norges Bank, Norges Stasbaner, Norges Postverk og Norges Televerk. Den får likeledes anvendelse på godtgjørelse betalt av det tyske Goethe-Institut, men bare i den utstrekning slik godtgjørelse blir skattlagt i Forbundsrepublikken Tyskland.

Artikkel 20

Virksomhet utenfor kysten

1 Denne artikkel skal få anvendelse uansett enhver annen bestemmelse i denne overenskomst.

2 Fortjeneste oppebåret av en person bosatt i en kontraherende stat fra virksomhet knyttet til undersøkelse eller utnyttelse av havbunnen og undergrunnen og deres naturforekomster i område

som grenser til sjøterritoriet i den annen kontraherende stat og hvor denne stat for så vidt utøver suverene rettigheter overensstemmende med folkeretten, kan, med forbehold av punktene 3 og 4 i denne artikkel, skattlegges i den annen stat. Ved fastsettelsen av slik fortjeneste skal punktene 2 og 3 i artikkel 7 få tilsvarende anvendelse. Når imidlertid slik virksomhet blir utøvet i et tidsrom som til sammen ikke overstiger 30 dager i løpet av enhver tolv-måneders periode, skal fortjenesten bare kunne skattlegges i den førstnevnte stat.

3 Når virksomheten blir drevet av et foretagende og virksomhet blir drevet av et annet, og virksomhetene har så nær sammenheng at de blir å betrakte som samme virksomhet, og et av foretagendene blir kontrollert, direkte eller indirekte, av det annet eller begge blir kontrollert, direkte eller indirekte, av en tredje person eller flere andre personer, da skal virksomhet til begge foretagender bli tatt i betraktning ved beregning av tidsfristen i punkt 2 i denne artikkel.

4 Fortjeneste oppebåret av en person bosatt i en kontraherende stat ved transport av forsyninger eller personell til et sted, eller mellom steder, hvor det foregår virksomhet knyttet til undersøkelse eller utnyttelse av havbunnen og undergrunnen og deres naturforekomster i det foran nevnte område som grenser til en kontraherende stat, eller ved driften av taubåter og andre hjelpetartøy knyttet til slik virksomhet, skal bare kunne skattlegges i den kontraherende stat hvor den virkelige ledelse for foretagendet har sitt sete.

5

- a) Med forbehold av underpunkt b nedenfor kan lønn og lignende godtgjørelse som en person bosatt i en kontraherende stat oppebærer i anledning av lønnsarbeid knyttet til undersøkelse eller utnyttelse av havbunnen og undergrunnen og deres naturforekomster i det foran nevnte område som grenser til den annen kontraherende stat, skattlegges i denne annen stat i den utstrekning arbeidet er utført utenfor kysten av denne stat og forutsatt at arbeidet utenfor kysten er utført i et tidsrom som til sammen overstiger 30 dager i løpet av enhver tolv-måneders periode.
- b) Lønn og annen lignende godtgjørelse som en person bosatt i en kontraherende stat oppebærer i anledning av lønnsarbeid utført om bord i et skip eller luftfartøy som benyttes til transport av forsyninger eller personell til et sted, eller mellom steder, hvor det foregår virksomhet knyttet til undersøkelse eller utnyttelse av havbunnen og undergrunnen og deres naturforekomster i det foran nevnte område som grenser til en kontraherende stat, eller for lønnsarbeid utført om bord i taubåter eller

andre hjelp fartøy knyttet til slik virksomhet, skal bare kunne skattlegges i den kontraherende stat hvor den virkelige ledelse for foretagnet har sitt sete.

6 Gevinst som en person bosatt i en kontraherende stat oppbærer ved avhendelse av:

- a) rettigheter til undersøkelse eller utnyttelse; eller
- b) eiendom som befinner seg i den annen kontraherende stat og som benyttes i forbindelse med virksomhet utenfor kysten, som definert i punkt 2 i denne artikkel, drevet i den annen stat; eller
- c) aksjer hvis verdi helt eller for den vesentligste del, direkte eller indirekte, skrives seg fra slike rettigheter eller slik eiendom, eller fra slike rettigheter og slik eiendom sett under ett,

kan skattlegges i denne annen stat.

I dette punkt betyr uttrykket "rettigheter til undersøkelse eller utnyttelse" rettigheter til aktiva som skal utvinnes ved undersøkelsen eller utnyttelsen av havbunnen og undergrunnen og deres naturforekomster i den annen kontraherende stat, herunder rettigheter til andeler i eller fordeler av slike aktiva.

Artikkel 21

Annen inntekt

1 Inntekter som oppbæres av en person bosatt i en kontraherende stat, og som ikke er omhandlet i de foranstående artikler, skal uansett hvor de skrives seg fra, bare kunne skattlegges i denne stat.

2 Punkt 1 får ikke anvendelse på inntekt, bortsett fra inntekt av fast eiendom som definert i artikkel 6 punkt 2, når mottakeren av slik inntekt er bosatt i en kontraherende stat og utøver forretningsvirksomhet gjennom et fast driftssted i den annen kontraherende stat eller i denne annen stat yter selvstendige personlige tjenester fra et fast sted der, og den rettighet eller eiendom som inntekten skrives seg fra, reelt er knyttet til det faste driftssted eller det faste sted. I så fall får henholdsvis artikkel 7 eller artikkel 14 anvendelse.

Artikkel 22

Formue

1 Formue som består av fast eiendom som omhandlet i artikkel 6, tilhørende en person bosatt i en kontraherende stat, og som ligger i den annen kontraherende stat, kan skattlegges i denne annen stat.

2 Formue som består av løsøre som utgjør driftsmidler knyttet til et fast driftssted som et foretagende i en kontraherende stat har i den annen kontraherende stat, eller av løsøre knyttet til et fast sted som en person bosatt i en kontraherende stat har til rådighet i den annen kontraherende stat for utøvelse av selvstendige personlige tjenester, kan skattlegges i denne annen stat.

3 Formue som består av skip eller luftfartøy så vel som containere, drevet i internasjonal fart, og løsøre knyttet til driften av slike skip, luftfartøy eller containere, skal bare kunne skattlegges i den kontraherende stat hvor foretagendets fortjeneste kan skattlegges i henhold til artikkel 8.

4 Alle annen formue som tilhører en person bosatt i en kontraherende stat skal bare kunne skattlegges i denne stat.

Artikkel 23

Unngåelse av dobbelt beskatning

1 I Kongeriket Norge:

- a) Når en person bosatt i Kongeriket Norge oppebærer inntekt eller eier formue som i henhold til denne overenskomst kan skattlegges i Forbundsrepublikken Tyskland, skal Kongeriket Norge med forbehold av underpunktene b og c, unnta slik inntekt eller formue fra beskatning.
- b) Når en person bosatt i Kongeriket Norge oppebærer inntekter som i henhold til artiklene 10 og 13 punktene 4 og 5 og artiklene 16, 17 og 20 kan skattlegges i Forbundsrepublikken Tyskland, skal Kongeriket Norge innrømme som fradrag i vedkommende persons inntektsskatt et beløp som tilsvarer den skatt som er betalt i Forbundsrepublikken Tyskland. Slikt fradrag skal imidlertid ikke overstige den del av skatten, beregnet før fradraget er gitt, som svares av den inntekt som skriver seg fra Forbundsrepublikken Tyskland.
- c) Uansett underpunkt b i dette punkt, skal dividender som utdeles av et selskap hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland til et selskap hjemmehørende i Kongeriket Norge som direkte kontrollerer minst 25 prosent av de stemmeberettede aksjer i det selskap som utdeler dividendene, være fritatt for norsk skatt i den utstrekning dette ville ha vært tilfelle etter Kongeriket Norges lovgivning hvis begge selskaper hadde vært hjemmehørende i Kongeriket Norge.
- d) Når en person som er bosatt i Kongeriket Norge oppebærer inntekt eller eier formue som i henhold til noen bestemmelser i overenskomsten er unntatt fra beskatning Kongeriket Norge, kan Kongeriket Norge likevel ved beregningen av skatten på

denne persons gjenværende inntekt eller formue ta i betraktning den unntatte inntekt eller formue.

2 I Forbundsrepublikken Tyskland:

For en person som er bosatt i Forbundsrepublikken Tyskland skal skatt fastsettes på følgende måte:

- a) Med mindre underpunkt b får anvendelse skal det ved beregningsgrunnlaget for tysk skatt unntas enhver inntekt oppebåret fra kilder i Kongeriket Norge og enhver formue som befinner seg i Kongeriket Norge, som i henhold til denne overenskomst kan skattlegges i Kongeriket Norge. Imidlertid vil Forbundsrepublikken Tyskland ta i betraktning inntekt eller formue som således unntas ved fastsettelsen av den skatte-sats som skal anvendes på enhver inntekt eller formue som ikke er unntatt fra beskatning. Når det gjelder inntekt fra dividender skal bestemmelsene foran i dette underpunkt bare få anvendelse på inntekt ved utdeling fra et aksjeselskap, som betales til et selskap som er hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland fra et selskap som er hjemmehørende i Kongeriket Norge, når minst 10 prosent av de stemmeberettigede aksjer i sistnevnte selskap eies direkte av det førstnevnte selskap; denne bestemmelsen skal ikke anvendes ved utdeling av beløp som er blitt fratrukket når man for norske skatteformål beregner overskuddet til det selskap som utdeler beløpet. Fra beregningsgrunnlaget for tysk skatt skal det også unntas dividender fra enhver aksjebesittelse som, dersom de blir utbetalt, ville ha vært unntatt fra beregningsgrunnlaget for utskrevet tysk skatt i overensstemmelse med foregående setning.
- b) Med forbehold lalv bestemmelsene i tysk skattelovgivning om fradrag for utenlandsk skatt, skal det i tysk inntekts- og selskapsskatt som svares av de følgende inntektstyper som oppebæres fra Kongeriket Norge, innrømmes fradrag for skatt betalt i samsvar med Kongeriket Norges lovgivning og denne overenskomst:
 - i) dividender som omhandlet i artikkel 10 og som underpunkt a ikke får anvendelse på;
 - ii) formuesgevinst som artikkel 13 punktene 4 og 5 får anvendelse på;
 - iii) godtgjørelse som artikkel 16 får anvendelse på;
 - iv) inntekt som artikkel 17 får anvendelse på.
 - v) inntekt som kan skattlegges i Norge utelukkende etter artikkel 20.

Fradraget skal imidlertid ikke overstige den del av den tyske skatt, beregnet før fradraget er gitt, som svares av slik inntekt.

3 Ved anvendelsen av denne artikkel skal fortjeneste, inntekt eller gevinst som tilfaller en person bosatt i en kontraherende stat, anses for å ha sin kilde i den annen kontraherende stat hvis de skattlegges i denne annen kontraherende stat i overensstemmelse med denne overenskomst.

Artikkel 24

Ikke-diskriminering

1 Statsborgere av en kontraherende stat skal ikke i den annen kontraherende stat være undergitt noen beskatning eller forpliktelse i sammenheng hermed, som er annerledes eller mer tyngende enn den beskatning og sammenhengende forpliktelser som er eller måtte bli pålagt den annen stats borgere under samme forhold. Denne bestemmelse skal, uansett artikkel 1, også få anvendelse på personer som ikke er bosatt i en av eller i begge de kontraherende stater.

2 Statsløse personer som er bosatt i en kontraherende stat skal ikke i den annen kontraherende stat være undergitt noen beskatning eller forpliktelse i sammenheng hermed, som er annerledes eller mer tyngende enn den beskatning og sammenhengende forpliktelser som er eller måtte bli pålagt denne annen stats egne borgere under de samme forhold.

3 Beskatningen av et fast driftssted som et foretagende i en kontraherende stat har i den annen kontraherende stat, skal i denne annen stat ikke være mindre gunstig enn beskatningen av foretagender i denne annen stat som utøver samme virksomhet. Denne bestemmelse skal ikke tolkes slik at den forplikter en kontraherende stat til å innrømme personer bosatt i den annen kontraherende stat slike personlige fradrag, fritak og nedsettelser ved beskatningen, som den på grunn av sivilstand eller forsørgelsesbyrde innrømmer personer som er bosatt på dens eget område. Hvis et selskap hjemmehørende i en kontraherende stat har et fast driftssted i den annen kontraherende stat, kan den annen stat skattlegge det faste driftssted etter den sats som gjelder for et selskaps ikke-utdelte overskudd i denne annen stat.

4 Med mindre artikkel 9, artikkel 11 punkt 4 eller artikkel 12 punkt 4 kommer til anvendelse, skal renter, royalty og andre utbetalinger fra et foretagende i en kontraherende stat til en person bosatt i den annen kontraherende stat, være fradragberettiget ved fastsettelsen av foretagendets skattepliktige inntekt på de samme vilkår som tilsvarende utbetalinger til personer bosatt i den førstnevnte stat. På samme måte skal gjeld som et foreta-

gende i en kontraherende stat har til en person bosatt i den annen kontraherende stat være fradragsberettiget ved fastsettelsen av foretagendets skattepliktige formue på de samme vilkår som gjeld til en person bosatt i den førstnevnte stat.

5 Foretagender i en kontraherende stat hvis kapital helt eller delvis eies eller kontrolleres, direkte eller indirekte, av en eller flere personer som er bosatt i den annen kontraherende stat, skal ikke i den førstnevnte stat være undergitt noen beskatning eller forpliktelse i sammenheng hermed, som er annerledes eller mer tyngende enn den beskatning eller sammenhengende forpliktelser som andre lignende foretagender i den førstnevnte stat er eller måtte bli undergitt.

6 Denne artikkel skal få anvendelse på skatter av enhver art og betegnelse.

Artikkel 25

Fremgangsmåte ved inngåelse av gjensidige avtaler

1 Når en person mener at tiltak som er truffet i den ene eller i begge kontraherende stater i forhold til ham medfører eller vil medføre en beskatning som ikke er overensstemmende med denne overenskomst, kan han fremme sin sak for den kompetente myndighet i den kontraherende stat hvor han er bosatt, eller hvis saken faller inn under artikkel 24 punkt 1, for den kompetente myndighet i den kontraherende stat hvor han er statsborger. Dette kan gjøres uten at det påvirker hans rett til å anvende de rettsmidler som finnes i de to staters interne lovgivning. Saken må fremmes innen tre år fra den første underretning om tiltak som medfører beskatning i strid med overenskomsten.

2 Hvis den kompetente myndighet finner at innvendingen synes begrunnet, men ikke selv er i stand til å finne en tilfredsstillende løsning, skal den søke å få saken avgjort ved gjensidig avtale med den kompetente myndighet i den annen kontraherende stat med sikte på å unngå beskatning som ikke er overensstemmende med denne overenskomst. Enhver avtale som måtte komme i stand skal legges til grunn uansett tidsfristene i de kontraherende staters interne lovgivning.

3 De kompetente myndigheter i de kontraherende stater skal ved gjensidig avtale søke å løse enhver vanskelighet eller tvil som fortolkningen eller anvendelsen av overenskomsten måtte fremby. De kan også rådføre seg med hverandre med sikte på å unngå dobbeltbeskatning i tilfeller som ikke er løst i overenskomsten.

4 De kompetente myndigheter i de kontraherende stater kan rådføre seg med hverandre i henhold til ovennevnte bestemmel-

ser, særlige med sikte på så langt som mulig, å få i stand avtale når det gjelder

- a) den samme henføring av fortjeneste til et foretagende i en kontraherende stat og til dets faste driftssted i den annen kontraherende stat;
- b) den samme fordelingen av fortjeneste mellom foretagender med fast tilknytning til hverandre som foreskrevet i artikkel 9;
- c) den samme behandlingen av inntekt som henføres som inntekt fra aksjer i henhold til kildestatens skattelovgivning og som regnes som en annen inntekt i den annen stat.

5 De kompetente myndigheter i de kontraherende stater kan sette seg i direkte forbindelse med hverandre med sikte på å få i stand en avtale som omhandlet i de foranstående punkter. Hvis det synes tilrådelig å ha en muntlig utveksling av synspunkter for å nå frem til en avtale, kan utvekslingen skje i et utvalg bestående av representanter for de kompetente myndigheter i de kontraherende stater. Når det dreier seg om en konkret sak, skal de personer saken gjelder høres.

Artikkel 26

Utteksling av opplysninger

1 De kompetente myndigheter i de kontraherende stater skal utveksle slike opplysninger som er nødvendige for å gjennomføre denne overenskomst og de interne lovbestemmelser i de kontraherende stater som angår skatter som kommer inn under overenskomsten. Utveksling skal bare skje i den utstrekning den beskatning som foreskrives ikke er i strid med overenskomsten. Utvekslingen av opplysninger er ikke begrenset av artikkel 1. Opplysninger som er mottatt av en kontraherende stat skal behandles som hemmelige på samme måte som opplysninger skaffet til veie med hjemmel i intern lovgivning i denne stat. Opplysningene må bare åpenbares for personer eller myndigheter (herunder domstoler og forvaltningsorganer) som har til oppgave å utligne eller innkreve de skatter som kommer inn under overenskomsten, eller å gjennomføre tvangsforføyninger eller annen rettsforfølgning eller avgjøre klager vedrørende disse skatter. Slike personer eller myndigheter skal nytte opplysningene bare til nevnte formål. De kan åpenbare opplysningene under offentlige rettsmøter eller i judicielle avgjørelser, men bare dersom den kompetente myndighet i den kontraherende stat som har gitt opplysningene ikke kommer med innvendinger.

2 Punkt 1 skal ikke i noe tilfelle tolkes slik at de pålegger en kontraherende stat en forpliktelse til:

- a) å sette i verk administrative tiltak som er i strid med dens egen eller den annen kontraherende stats lovgivning og administrative praksis;
- b) å gi opplysninger som ikke kan fremskaffes i henhold til dens egen eller den annen kontraherende stats lovgivning eller vanlige administrative praksis;
- c) å gi opplysninger som ville åpenbare næringsmessige, forretningsmessige, industrielle, kommersielle eller yrkesmessige hemmeligheter eller forretningsmetoder, eller opplysninger hvis åpenbaring ville stride mot almene interesser (ordre public).

Artikkel 27

Bistand ved innkreving

1 De kontraherende stater skal på grunnlag av gjensidighet og etter reglene herom i deres respektive lovgivning, gi hverandre bistand til innkreving av de skatter som overenskomsten har anvendelse på, herunder straffeskatt for forsinket betaling, tilleggsskatt, renter og omkostninger, under forutsetning av at beløpene som skal innkreves endelig har forfalt til betaling i henhold til lovgivningen i den staten som fremsetter anmodningen.

2 Anmodningen skal være ledsaget av slike dokumenter som er nødvendige i henhold til lovgivningen i den stat som fremsetter anmodningen for å bevise at beløpene som skal innkreves har endelig forfalt til betaling.

3 Ved mottakelse av nevnte dokumenter, skal gjennomføring, så vel som innkreving og innfordring i den anmodede staten utføres i overensstemmelse med lovgivningen som gjelder for innkreving og innfordring av dens egne skatter. I særdeleshet skal tvangsfullbyrdelses-dokumenter utferdiges i den form som er nødvendig i henhold til lovbestemmelsene i denne stat. Enhver prioritet som innrømmes i den anmodede stat når det gjelder denne stats egne skattekrav, skal ikke gjelde for skattekrav som er anmodet innkrevet.

4 Dersom skattekrav ikke har endelig forfalt til betaling, kan kreditorstaten, med det formål å sikre dens rettigheter, anmode den annen stat om å utføre slik midlertidig forføyning som er foreskrevet i denne annen stats lovgivning.

Artikkel 28

Refusjon av kildeskatt

1 Hvis dividender, renter, royalty eller andre inntekter i en av de kontraherende stater undergis kildeskatt, da skal retten til å legge kildeskatt etter full sats ikke være berørt av denne overenskomst.

2 Den skatt som på denne måten er tilbakeholdt ved kilden skal tilbakebetales etter søknad i den utstrekning oppkrevingen av den er begrenset av denne overenskomst.

3 Søknadsfristen for tilbakebetaling er fire år fra slutten av det kalenderår da dividendene, rentene, royaltyen eller andre inntekter er blitt mottatt.

4 Den kontraherende stat hvor inntekten skriver seg fra, kan be om en administrativ bekreftelse fra den stat der skattyter er bosatt med hensyn til om vilkårene for ubegrenset skatteplikt i denne stat er oppfylt.

5 De kompetente myndigheter i de kontraherende stater skal gjennomføre de foranstående bestemmelser etter gjensidig avtale i medhold av artikkel 25.

6 De kompetente myndigheter i de kontraherende stater kan ved gjensidig avtale fastsette andre fremgangsmåter for gjennomføringen av de skattereduksjoner som følger av denne overenskomst.

Artikkel 29

Medlemmer av diplomatiske og konsulære stasjoner

Denne overenskomst skal ikke berøre de skattemessige privilegier som tilkommer medlemmer av diplomatiske eller konsulære stasjoner og faste delegasjoner i henhold til folkerettens alminnelige regler eller bestemmelser i særlige internasjonale avtaler.

Artikkel 30

Ikrafttredelse

1 Denne overenskomst skal ratifiseres og ratifikasjonsdokumentene skal utveksles i Bonn så snart som mulig.

2 Overenskomsten skal tre i kraft en måned etter utvekslingen av ratifikasjonsdokumentene og skal første gang ha virkning:

- a) med hensyn til skatter tilbakeholdt ved kilden for beløp betalt eller godskrevet på eller etter 1. januar 1991;
- b) med hensyn til skatter av inntekt og av formue som vedkommer kalenderåret 1991 (herunder regnskapsperioder som avsluttes i dette år) og følgende år.

3 Uansett de foregående bestemmelser i denne artikkel, kan skatt på dividender i henhold til artikkel 10 punkt 4 underpunkt a (med den betydning som er angitt i artikkelens punkt 6) utdelt før 1. januar 1992, overstige 5 prosent av dividendenes bruttobeløp, men skal ikke overstige 10 prosent derav.

4 Når denne overenskomst trer i kraft skal overenskomsten mellom Forbundsrepublikken Tyskland og Kongeriket Norge til unngåelse av dobbeltbeskatning og om gjensidig administrativ og rettslig bistand for så vidt angår skatter av inntekt og formue samt næringskatt, undertegnet i Oslo den 18. november 1958, opphøre og slutte å ha virkning når det gjelder skatter som denne overenskomst får anvendelse på overensstemmende med punktene 2 og 3 i den nedre artikkel.

Artikkel 31

Opphør

Denne overenskomst skal forbli i kraft inntil den blir oppsagt av en av de kontraherende stater. Hver av de kontraherende stater kan si opp overenskomsten, gjennom diplomatiske kanaler, ved å gi varsel om opphør minst seks måneder før utløpet av ethvert kalenderår etter det femte år som følger etter det år da denne overenskomst trer i kraft. I så fall skal overenskomsten opphøre å ha virkning:

- a) med hensyn til skatt tilbakeholdt ved kilden for beløp betalt eller godskrevet på eller etter 1. januar i det kalenderår som følger etter det år varsel om opphør blir gitt;
- b) med hensyn til skatter av inntekt og av formue som vedkommer det kalenderår (herunder regnskapsperioder som begynner i dette år) som følger etter det år varsel om opphør blir gitt.

Til bekreftelse av foranstående har de undertegnede som har behørig fullmakt undertegnet denne overenskomst.

Utfærdiget i to eksemplarer i Oslo den 4. oktober 1991, begge på det tyske og norske språk, slik at begge tekster har lik gyldighet.

For Forbundsrepublikken
Tyskland:

HARALD HOFMANN

For Kongeriket
Norge:

JAN FLATLA

PROTOKOLL

Ved undertegningen i dag av Overenskomsten mellom Forbundsrepublikken Tyskland og Kongeriket Norge til unngåelse av dobbeltbeskatning og om gjensidig administrativ bistand med hensyn til skatter av inntekt og formue, er de undertegnende blitt enige om følgende bestemmelser som skal utgjøre en integrerende del av overenskomsten:

1. Til artikkel 5

12-måneders begrensningen i punkt 3 skal også få anvendelse på kontroll- eller rådgivningsvirksomhet gjennom et fast forretningssted tilknyttet slikt sted eller prosjekt.

2. Til artikkel 8

Et foretagende som artikkel 8 får anvendelse på skal anses for å ha sete for den virkelige ledelse i begge kontraherende stater hvis:

- a) foretaket blir drevet av et selskap eller enhver annen sammenslutning med solidarisk ansvarlige deltakere, og hvorav minst en av deltakerne har ubegrenset ansvar; og
- b) minst en av deltakerne er bosatt i en av de kontraherende stater og en eller flere av dem er bosatt i den annen kontraherende stat; og
- c) den virkelige ledelse for foretaket ikke blir utøvet utelukkende i en av de kontraherende stater.

I så fall skal foretakets fortjeneste kunne skattlegges i den stat hvor de deltakere som er nevnt i underpunkt b er bosatt, i forhold til deres andel av fortjenesten.

3. Til artikkel 10

- a) Dividender utdelt av et selskap som er hjemmehørende i begge kontraherende stater i den betydning som følger av punkt 1 i artikkel 14 kan skattlegges i hver av de kontraherende stater i samsvar med deres lovgivning og denne artikkel. De kompetente myndigheter i de kontraherende stater skal, for å unngå dobbeltbeskatning, løse spørsmålet ved gjensidig avtale.
- b) Uansett punktene 2, 3 og 4 i artikkel 10 kan inntekt oppebåret fra rettigheter eller gjeldsfordringer med rett til andel i overskudd (innbefattet for så vidt angår Forbundsrepublikken Tyskland, inntekt oppebåret av stille deltaker fra deltakelse som sådan eller inntekt fra et "partiarisches Darlehen", "Gewinnobligationen", "jouissance" aksjer eller "jouissance" rettigheter) som er fra-

dragsberettiget ved fastsettelsen av skyldnerens fortjeneste, skattlegges i den kontraherende stat hvor inntekten oppstår, i samsvar med lovgivningen i denne stat.

4. Til artiklene 10 til 12

Mottakeren av dividender, renter og royalty skal anses å være den virkelige rettighetshaver i den betydning som følger av artiklene 10, 11 og 12 hvis kravet som slike betalinger følger av tilhører ham, og inntekten derav skal tilskrives ham i henhold til skattelovgivningen i begge stater.

5. Til artiklene 15 og 23

Uansett artikkel 15, kan godtgjørelse som en person bosatt i en kontraherende stat mottar i anledning av lønnsarbeid utført i den annen kontraherende stat i henhold til en arbeid-sutleiekontrakt, skattlegges i denne annen stat.

Uansett artikkel 23, kan slik godtgjørelse også skattlegges i den stat hvor arbeidstakeren er bosatt. Denne stat skal innrømme skatten i den annen stat som fradrag i samsvar med prinsippene i artikkel 23 punkt 1 underpunkt b eller punkt 2 underpunkt b.

De kontraherende stater kan, i samsvar med deres nasjonale lovgivning, forlange at den skatt som kan ilignes av slik godtgjørelse betales av utleieren eller innleieren, eller holde dem ansvarlige for slik betaling.

6. Til artikkel 15

Når foretagende beskjeftiget med drift av skip eller luftfartøy i internasjonal fart blir drevet av et interessentskap med ubegrenset ansvar der en eller flere deltakere er bosatt i en kontraherende stat og en eller flere deltakere er bosatt i den annen kontraherende stat, og de kompetente myndigheter i de kontraherende stater ikke kan bli enige i spørsmålet om i hvilken av de kontraherende stater den virkelige ledelse for foretandet har sitt sete, kan godtgjørelse som omhandlet i artikkel 15 punkt 3 skattlegges i den kontraherende stat hvor mottakeren er bosatt.

7. Til artikkel 19

Så lenge Forbundsrepublikken Tyskland i henhold til sin lovgivning ikke kan skattlegge godtgjørelse som nevnt i punkt 1 i artikkel 19 mottatt av en statsborger av Kongeriket Norge, skal underpunkt b i punkt 1 bli erstattet med følgende underpunkt b:

"Slik godtgjørelse skal imidlertid kunne skattlegges bare i den annen kontraherende stat hvis tjenestene er utført i denne stat og personen er bosatt i og er statsborger av denne stat.

Denne bestemmelsen skal ha virkning med hensyn til godtgjørelse betalt før 1. januar i det kalenderår som følger etter det år da lovgivningen i Forbundsrepublikken Tyskland blir endret slik at den tillater slik godtgjørelse å bli skattlagt i denne stat."

8. Til artikkel 21

En student eller forretningslærling som er, eller umiddelbart før opphold i en kontraherende stat var, bosatt i den annen kontraherende stat, og som oppholder seg i den førstnevnte stat utelukkende for sin utdanning eller opplæring, skal ikke skattlegges i denne stat for beløp som han mottar til underhold, utdanning eller opplæring, forutsatt at disse beløp skrives seg fra kilder utenfor denne stat.

9. Til artikkel 23

Artikkel 23 punkt 2 skal ikke forhindre et selskap hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland som utdeler inntekt mottatt fra kilder i Kongeriket Norge, en kompensasjonsmessig utskrivning av selskapskatt på slike utdelinger i overensstemmelse med bestemmelsene i skattelovgivningen i Forbundsrepublikken Tyskland.

10. Til artiklene 23 og 25

De kontraherende stater skall unngå dobbeltbeskatning ved hjelp av fradrag som angitt i artikkel 23 punkt 1 underpunkt b og punkt 2 underpunkt b, og ikke ved skattefritak etter artikkel 23 punkt 1 underpunkt a eller punkt 2 underpunkt a

- a) dersom inntekt eller formue i de kontraherende stater er henført under forskjellige bestemmelser i overenskomsten eller er henført til forskjellige personer (bortsett fra etter artikkel 9), og denne uoverensstemmelse ikke kan løses ved den fremgangsmåte som foreskrives i artikkel 25 og
 - aa) dersom den relevante inntekt eller formue som følge av slik henføring ville bli gjenstand for dobbeltbeskatning; eller
 - bb) dersom den relevante inntekt eller formue som følge av slik henføring ville forbli ubeskattet eller unntas

fra beskatning i henholdsvis Forbundsrepublikken Tyskland eller i Kongeriket Norge; eller

- b) dersom en kontraherende stat, etter tilbørlig konsultasjon og under hensyn til de begrensninger som dets lovgivning setter, gjennom diplomatiske kanaler har gjort den annen kontraherende stat kjent med andre typer av inntekt på hvilke det har til hensikt å anvende dette punkt for å forhindre at inntekt unntas fra beskatning i begge de kontraherende stater, eller andre arrangementer for utilbørlig bruk av overenskomsten.

Utferdiget i to eksemplarer i Oslo den 4. Oktober 1991, begge på det tyske og norske språk, slik at begge tekster har lik gyldighet.

For Forbundsrepublikken
Tyskland:

HARALD HOFMANN

For Kongeriket
Norge:

JAN FLATLA

[TRANSLATION — TRADUCTION]

CONVENTION¹ BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE KINGDOM OF NORWAY CONCERNING THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION AND MUTUAL ADMINISTRATIVE ASSISTANCE WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND ON CAPITAL

The Federal Republic of Germany and the Kingdom of Norway, desiring to conclude a new agreement concerning the avoidance of double taxation and mutual administrative assistance with respect to taxes on fees and on capital, have agreed as follows:

Article 1. PERSONAL SCOPE

This Convention shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2. TAXES COVERED

(1) This Convention shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State or of its political subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property and taxes on capital appreciation.

(3) The existing taxes to which the Convention shall apply are in particular:

(a) In the Federal Republic of Germany:

- (i) Income tax (*Einkommensteuer*);
 - (ii) Corporation tax (*Körperschaftsteuer*);
 - (iii) Capital tax (*Vermögensteuer*);
 - (iv) Trade tax (*Gewerbesteuer*); and
 - (v) Real property tax (*Grundsteuer*);
- (hereinafter referred to as “German taxes”);

(b) In the Kingdom of Norway:

- (i) The national tax on income (*inntektsskatt til staten*);
- (ii) The departmental tax on income (*inntektsskatt til fylkeskommunen*);
- (iii) The municipal tax on income (*inntektsskatt til kommunen*);
- (iv) The national tax-equalization dues (*fellesskatt til Skattefordelingsfondet*);

¹ Came into force on 7 October 1993, i.e., one month after the exchange of the instruments of ratification, which took place at Bonn on 7 September 1993, in accordance with article 30 (2).

- (v) The national tax on capital (*formuesskatt til staten*);
 - (vi) The municipal tax on capital (*formuesskatt til kommunen*);
 - (vii) The national tax on income and capital derived from exploration and exploitation of undersea petroleum deposits and related work or activities, including the transport of the extracted petroleum by pipeline (*skatt til staten vedrørende inntekt og formue i forbindelse med undersøkelse etter og utnyttelse av undersjøiske petroleumforekomster og dertil knyttet virksomhet og arbeid, herunder rørledningstransport av utvunnet petroleum*); and
 - (viii) The national tax on the fees of non-resident artistes (*avgift til staten av honorarer som tilfaller kunstnere bosatt i utlandet*);
- (hereinafter referred to as “Norwegian taxes”).

(4) The Convention shall apply also to any identical or substantially similar taxes which are imposed after the date of signature of the Convention in addition to, or in place of, the existing taxes.

Article 3. GENERAL DEFINITIONS

(1) For the purposes of this Convention, unless the context otherwise requires:

(a) The terms “a Contracting State” and “the other Contracting State” shall mean the Federal Republic of Germany or the Kingdom of Norway, as the context requires;

(b) The term “Kingdom of Norway” shall mean the Kingdom of Norway, including all zones beyond the territorial sea of the Kingdom of Norway in which the Kingdom of Norway, under Norwegian law and in accordance with international law, may exercise its rights over the seabed and marine subsoil and the natural resources thereof; the term shall not apply to Spitzbergen (Svalbard), Jan Mayen and the Norwegian dependencies (biland);

(c) The term “Federal Republic of Germany” shall mean the territory in which the taxation law of the Federal Republic of Germany is in force, including the seabed, marine subsoil and overlying water column adjacent to the territorial sea, over which the Federal Republic of Germany exercises sovereign rights and jurisdiction in accordance with national and international law with respect to the exploration and exploitation of the natural resources thereof;

(d) The term “person” includes an individual, a company and any other body of persons;

(e) The term “company” means any body corporate or any entity which is treated as a body corporate for tax purposes;

(f) The terms “enterprise of a Contracting State” and “enterprise of the other Contracting State” mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;

(g) The term “international traffic” means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise which has its place of effective management in a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;

(h) The term “nationals” means:

- (i) In relation to the Kingdom of Norway, all individuals possessing Norwegian nationality and all bodies corporate, partnerships and other associations constituted under the laws in force in the Kingdom of Norway;
- (ii) In relation to the Federal Republic of Germany, all individuals who are Germans within the meaning of article 116, paragraph 1, of the Basic Law of the Federal Republic of Germany and all bodies corporate, partnerships and other associations constituted under the laws in force in the Federal Republic of Germany;

(i) The term “competent authority” means

- (i) In the Kingdom of Norway, the Minister of Finance and Customs or his authorized representative;
- (ii) In the Federal Republic of Germany, the Federal Minister of Finance or his authorized representative.

(2) As regards the application of the Convention by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires or the competent authorities have agreed on a mutual interpretation pursuant to article 25, have the meaning which it has under the law of that State concerning the taxes to which the Convention applies.

Article 4. RESIDENT

(1) For the purposes of this Convention, the term “resident of a Contracting State” means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature. But this term does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

(a) He shall be deemed to be a resident of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);

(b) If the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has an habitual abode;

(c) If he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident of the State of which he is a national;

(d) If he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident of the State in which its place of effective management is situated.

Article 5. PERMANENT ESTABLISHMENT

(1) For the purposes of this Convention, the term “permanent establishment” means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

- (2) The term “permanent establishment” includes especially:
- (a) A place of management;
 - (b) A branch;
 - (c) An office;
 - (d) A factory;
 - (e) A workshop; and
 - (f) A mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.
- (3) A building site or construction or installation project constitutes a permanent establishment only if it lasts more than 12 months.
- (4) Notwithstanding the preceding provisions of this article, the term “permanent establishment” shall be deemed not to include:
- (a) The use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
 - (b) The maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise, solely for the purpose of storage, display or delivery;
 - (c) The maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise, solely for the purpose of processing by another enterprise;
 - (d) The maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information for the enterprise;
 - (e) The maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of advertising, of the supply of information, of scientific activities, or of similar activities that have a preparatory or auxiliary character for the enterprise;
 - (f) The maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in subparagraphs (a) to (e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.
- (5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person — other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies — is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.
- (6) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent, or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.
- (7) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent estab-

lishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6. INCOME FROM IMMOVABLE PROPERTY

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The term “immovable property” shall have the meaning that it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property; livestock and equipment used in agriculture and forestry; rights to which the provisions of general law respecting landed property apply; usufruct of immovable property; and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources, and other natural resources; ships and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

Article 7. BUSINESS PROFITS

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the business profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this article.

(5) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(6) For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Where profits include items of income that are dealt with separately in other articles of this Convention, then the provisions of those articles shall not be affected by the provisions of this article.

Article 8. SHIPPING AND AIR TRANSPORT

(1) Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(2) The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from participation in a pool, a joint business, or an international operating agency.

(3) Profits of an enterprise of a Contracting State from the rental of containers (including trailers or barges, and related equipment for the transport of containers) used in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall also apply to profits of the joint Norwegian, Danish and Swedish air transport consortium, Scandinavian Airlines System (SAS), but only insofar as the profits correspond to the share of the consortium held by Det Norske Luftfartsselskap A/S (DNL), the Norwegian partner in the Scandinavian Airlines System (SAS).

Article 9. ASSOCIATED ENTERPRISES

1. Where

(a) An enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control, or capital of an enterprise of the other Contracting State; or

(b) The same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State;

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations that differ from those that would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

Article 10. DIVIDENDS

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of

that State, but if the recipient is the beneficial owner of the dividends, the tax so charged shall not exceed 15 per cent of the gross amount of the dividends.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2, the State in which the company paying the dividends is a resident may not tax the dividends if the beneficial owner of the dividends is a company (other than a partnership) which is a resident of another State and directly holds at least 25 per cent of the capital of the company paying the dividends.

(4) If and so long as the tax rate levied in one of the States on the distributed profits of a company is lower than the tax rate on the undistributed profits and the difference between the two rates is equal to or greater than five percentage points, either of the States, notwithstanding the provisions of paragraph 3, may tax the dividends that a company resident in one of the States pays to a company (other than a partnership) resident in the other State which directly holds at least 25 per cent of the capital of the company paying the dividends; the tax so charged shall not exceed:

(a) Five percent of the gross amount of the dividends, if the above-mentioned difference is 15 percentage points or less;

(b) Ten per cent of the gross amount of the dividends, if the above-mentioned difference is more than 15 percentage points.

If, however, the above-mentioned difference is 20 percentage points or more in one of the States, that State may tax the dividends at a rate not to exceed 15 percent of the gross amount.

(5) The provisions of paragraphs 2, 3 and 4 shall not be construed to mean that a company cannot be taxed on the profits out of which the dividends are paid.

(6) The term “dividends” as used in this article means income from shares, “jouissance” shares or “jouissance” rights, mining shares, founders’ shares, or other rights — not being debt claims — participating in profits, as well as other income from other rights which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the Contracting State of which the company making the distributions is a resident and income derived by a sleeping partner (*stiller Gesellschafter*) from his participation as such and distributions on certificates of an investment trust. In the Federal Republic of Germany, the term “dividends” also includes income from a shareholder loan (*partiarisches Darlehen*) or participating debenture (*Gewinnobligation*).

(7) The provisions of paragraphs 1, 2, 3 and 4 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such a case the provisions of article 7 or article 14, as the case may be, shall apply.

(8) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed

base situated in that other State, nor subject the company's profits to a tax on undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11. INTEREST

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State shall be taxable only in that other State if such resident is the beneficial owner.

(2) The term "interest" as used in this article means income from debt-claims of every kind (whether or not secured by mortgage), and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching thereto, as well as all other income that is treated as income from money lent by the taxation law of the Contracting State in which the income arises. However, the term "interest" does not include income dealt with in article 10.

(3) The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State, in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of article 7 or article 14, as the case may be, shall apply.

(4) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount that would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this article shall apply only to the last-mentioned amount. In such a case the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 12. ROYALTIES

(1) Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State shall be taxable only in that other State if such resident is the beneficial owner.

(2) The term "royalties" as used in this article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films, or films or tapes used for radio or television broadcasting, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

(3) The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed

base. In such cases the provisions of article 7 or article 14, as the case may be, shall apply.

(4) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the consideration for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 13. CAPITAL GAINS

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in article 6 and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such fixed base, may be taxed in that other State.

(3) Gains from the alienation of ships, aircraft, or containers operated in international traffic or movable property pertaining to the operation of such ships, aircraft, or containers shall be taxable only in the Contracting State in which the profits of the enterprise are taxable according to article 8.

(4) Gains from the sale of all or a majority of the shares in a company whose assets consist wholly or largely of immovable property situated in a Contracting State may be taxed in that State.

(5) Gains from complete or partial alienation of a substantial holding in a company may be taxed in the Contracting State of which the company is a resident if the alienator is a natural person resident in the other Contracting State and

(a) Was a resident of the first-mentioned State in the sense of article 4 at some time during the five years immediately preceding the alienation; and

(b) Is not subject to taxation on such gains in the other State.

The holding shall be considered substantial if the alienator holds more than 25 per cent of the capital of the company.

(6) Gains from the alienation of any property other than that referred to in the foregoing paragraphs shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14. INDEPENDENT PERSONAL SERVICES

(1) Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable only in that State, unless he has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities. If he has such a fixed

base, the income may be taxed in the other State, but only so much of it as is attributable to that fixed base.

(2) The term “professional services” includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities, as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

Article 15. DEPENDENT PERSONAL SERVICES

(1) Subject to the provisions of articles 16, 17, 18 and 19, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State, unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

(a) The recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in any 12-month period; and

(b) The remuneration is paid by an employer who is a resident of the same State as the recipient; and

(c) The remuneration is not borne by a permanent establishment or fixed base which employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated. However, to the extent that the remuneration is not subject to taxation in that State, it may be taxed in the other Contracting State.

If a resident of the Kingdom of Norway derives remuneration from an employment exercised aboard an aircraft operated in international traffic by the Scandinavian Airlines System (SAS) consortium, such remuneration shall be taxable only in the Kingdom of Norway.

Article 16. DIRECTORS' FEES

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors or other similar organ of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 17. ARTISTES AND ATHLETES

(1) Notwithstanding the provisions of articles 7, 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste or a musician, or as an athlete, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or an athlete in his capacity as such accrues not to the entertainer or athlete himself

but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or athlete are exercised. The same applies to income that such other person derives from acting as an intermediary or otherwise making the services of the entertainer or athlete available to a third party, and to any other payments made in connection with the activities of the entertainer or athlete.

(3) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply to income derived from activities performed in a Contracting State by entertainers or athletes who are residents of the other State, if the visit to the first-mentioned State is substantially supported, directly or indirectly, by public funds of the other Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof. In such a case the income shall be taxable only in the Contracting State of which the entertainer or athlete is a resident.

*Article 18. PENSIONS, MAINTENANCE PAYMENTS, ANNUITIES
AND SIMILAR PAYMENTS*

(1) Pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

(2) Pensions, annuities and other recurrent or non-recurrent payments made by one of the Contracting States or a political subdivision or a local authority thereof paid to a resident of the other Contracting State as compensation for injury or damage resulting from military action or political persecution shall be exempt from tax in the other Contracting State.

(3) Benefits paid under the social security laws of the Federal Republic of Germany to a person resident in the Kingdom of Norway shall be taxable only in the Federal Republic of Germany.

(4) Maintenance payments, including child support payments, paid by a resident of a Contracting State to a resident of another Contracting State shall be exempt from tax in that other State if the maintenance payments are not deductible in the first-mentioned State for the purpose of calculating the taxable income of the person liable for the payment.

Article 19. GOVERNMENT SERVICE

1. (a) Remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision or authority shall be taxable only in that State.

(b) However, such remuneration shall be taxable only in the other Contracting State, if the services are rendered in that State and the individual is a resident of that State who:

- (i) Is a national of that State; or
- (ii) Did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.

(2) The provisions of articles 15 and 16 shall apply to remuneration, other than a pension, in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof.

(3) Remuneration paid by the Deutsche Bundesbank (German Federal Bank), the Deutsche Bundesbahn (German Federal Railways) and the Deutsche Bundes-

post (German Federal Post Office) or the Norges Bank (Bank of Norway), the Norges Statsbaner (Norwegian State Railways), the Norges Postverk (Norwegian Postal Service) and the Norges Televerk (Norwegian Telecommunications Service) shall be governed by the provisions of paragraph 1. They shall also apply to remuneration paid by the Goethe Institute, but only to the extent that it is taxable in the Federal Republic of Germany.

Article 20. OFFSHORE ACTIVITIES

(1) The provisions of this article apply notwithstanding the other provisions of the Convention.

(2) Profits which a person resident in one Contracting State derives from activities in connection with exploration or exploitation of the seabed and marine subsoil and the natural resources thereof in the zone adjacent to the territorial sea of the other Contracting State over which that State exercises sovereign rights in accordance with international law, may, subject to the provisions of paragraphs 3 and 4, be taxed in the other State. In determining such profits, the provisions of article 7, paragraphs 2 and 3, shall apply analogously. However, if the activities are carried on for no more than 30 days within a 12-month period, the profits shall be taxable only in the first-mentioned State.

(3) If an enterprise carries on activities and another enterprise carries on activities and the two sets of activities are so closely linked that they are considered to be one and the same activity, and if one of the enterprises is directly or indirectly controlled by the other or if both are directly or indirectly controlled by one or more third parties, the activities of both enterprises shall be taken into account in determining the time period mentioned in paragraph 2.

(4) Profits which a resident of a Contracting State derives from the conveyance of supplies or personnel to a site or between sites at which activities are being carried on in connection with exploration or exploitation of the seabed and marine subsoil and the natural resources thereof in a zone as described above adjacent to a Contracting State or which he derives from the operation of tugboats or other vessels that provide auxiliary services shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(5) (a) Subject to the provisions of subparagraph (b), salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment in connection with exploration or exploitation of the seabed and marine subsoil and the natural resources thereof in a zone as described above adjacent to the other Contracting State shall be taxable in the other State if the services are performed offshore in the other State, provided the offshore employment is exercised for more than 30 days during a 12-month period.

(b) Salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft engaged in conveying supplies or personnel to a site or between sites at which activities are being carried on in connection with exploration or exploitation of the seabed and marine subsoil and the natural resources thereof in a zone as described above adjacent to a Contracting State or in respect of an employment exercised aboard a tugboat or other vessel providing auxiliary services shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

- (6) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of:
- (a) Exploration or exploitation rights or
 - (b) Property situated in the other Contracting State and used in connection with offshore activities as described in paragraph 2 which are carried on in the other State, or
 - (c) Shares in a company whose worth or the larger portion of whose worth is directly or indirectly related to such rights or property or the combination of such rights and property
- may be taxed in the other State.

For the purposes of this paragraph, “exploration and exploitation rights” mean rights to property arising from the exploration or exploitation of the seabed and marine subsoil and the natural resources thereof in another Contracting State, including rights to title or usufruct in respect of such property.

Article 21. OTHER INCOME

- (1) Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing articles of this Convention shall be taxable only in that State.
- (2) The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in article 6, paragraph 2, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of article 7 or article 14, as the case may be, shall apply.

Article 22. CAPITAL

- (1) Capital represented by immovable property referred to in article 6, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.
- (2) Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State, or by movable property pertaining to a fixed base available to a resident of Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, may be taxed in that other State.
- (3) Capital represented by ships, aircraft or containers operated in international traffic and by movable property pertaining to the operation of such ships, aircraft, or containers shall be taxable only in the Contracting State in which the profits of the enterprise are taxable according to article 8.
- (4) All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 23. ELIMINATION OF DOUBLE TAXATION

(1) In the Kingdom of Norway:

(a) Where a resident of the Kingdom of Norway derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Convention, may be taxed in the Federal Republic of Germany, the Kingdom of Norway shall, subject to the provisions of subparagraphs (b) and (c), exempt such income or capital from tax.

(b) Where a resident of the Kingdom of Norway derives items of income which, in accordance with the provisions of article 10, article 13, paragraphs 4 and 5, and articles 16, 17 and 20, may be taxed in the Federal Republic of Germany, the Kingdom of Norway shall allow as a credit against the tax on the income of that resident an amount equal to the tax paid in the Federal Republic of Germany. Such credit shall not, however, exceed that part of the tax, as computed before the credit is applied, which is attributable to such items of income derived from the Federal Republic of Germany.

(c) Notwithstanding the provisions of subparagraph (b), dividends paid by a company resident in the Federal Republic of Germany to a company resident in the Kingdom of Norway which directly controls at least 25 percent of the voting rights in the company paying the dividends shall be exempt from Norwegian tax to the extent that the dividends would have been exempt under Norwegian law if both companies had been residents of the Kingdom of Norway.

(d) Where in accordance with any provision of the Convention income derived or capital owned by a resident of the Kingdom of Norway is exempt from tax in the Kingdom of Norway, nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, the Kingdom of Norway may take into account the exempted income or capital.

(2) In the Federal Republic of Germany:

Tax shall be determined in the case of a resident of the Federal Republic of Germany as follows:

(a) Except as provided in subparagraph (b), there shall be excluded from the basis upon which German tax is imposed any item of income from sources within the Kingdom of Norway and any item of capital situated within the Kingdom of Norway which, according to this Convention, may be taxed in the Kingdom of Norway. The Federal Republic of Germany, however, may take into account in the determination of its rate of tax the items of income and capital so excluded. The foregoing provisions shall apply to dividends only if they represent a distribution of corporate profits paid to a company resident in the Federal Republic of Germany by a company resident in the Kingdom of Norway in which the first-mentioned company directly controls at least 10 percent of the voting stock; this provision shall not apply to the distribution of amounts that were deducted in calculating the profits of the distributing company for purposes of Norwegian tax. There shall also be excluded from the basis upon which German tax is imposed any shareholdings the dividends on which, if paid, would be excluded, according to the two immediately foregoing sentences, from the basis on which German tax is imposed.

(b) There shall be allowed as a credit against German income and corporation tax, subject to the provisions of German tax law regarding credit for foreign tax, the Norwegian tax paid in accordance with the law of the Kingdom of Norway and with

the provisions of this Convention on the following items of income deriving from the Kingdom of Norway:

- (i) Dividends within the meaning of article 10 to which subparagraph (a) does not apply;
- (ii) Gains from the alienation of property to which article 13, paragraphs 4 and 5, apply;
- (iii) Remuneration to which article 16 applies;
- (iv) Income to which article 17 applies;
- (v) Income which is taxable in the Kingdom of Norway only under the provisions of article 20.

Such credit shall not, however, exceed that part of the German tax, as computed before the credit is applied, which is attributable to such items of income.

(3) For purposes of this article, profits, gains or income of a resident of a Contracting State shall be deemed to arise from sources in the other Contracting State if they are taxed in that other Contracting State in accordance with this Convention.

Article 24. NON-DISCRIMINATION

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

(2) Stateless persons who are residents of a Contracting State shall not be subjected in either Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of the State concerned in the same circumstances are or may be subjected.

(3) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents. If a company of a Contracting State has a permanent establishment in the other Contracting State, the other State may tax the permanent establishment at the rate applicable to the undistributed profits of a company resident in that other State.

(4) Except where the provisions of article 9, article 11, paragraph 4, or article 12, paragraph 4, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable

capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

(5) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

(6) The provisions of this article shall, notwithstanding the provisions of article 2, apply to taxes of every kind and description.

Article 25. MUTUAL AGREEMENT PROCEDURE

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Convention, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under article 24, paragraph 1, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Convention.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Convention. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Convention.

(4) In particular, the competent authorities of the Contracting States may confer in accordance with the foregoing provisions of this article in order to agree if possible on:

(a) The same allocation of profits between an enterprise of a Contracting State and its permanent establishment situated in the other Contracting State;

(b) The same allocation of profits between associated enterprises in the sense of article 9;

(c) The same treatment of items of income which are normally treated for tax purposes as income from shares in the source State and as other income in the other State.

(5) The competent authorities of the Contracting State may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs. When it seems advisable in order to reach agreement to have an oral exchange of opinions, such exchange may take place through a commission consisting of representatives of the competent authorities of the Contracting States.

Where the procedure relates to a particular case, the persons concerned shall be permitted to present their views.

Article 26. EXCHANGE OF INFORMATION

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Convention or of the domestic laws of the Contracting States concerning taxes covered by the Convention insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Convention. The exchange of information is not restricted by article 1. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to the persons or authorities (including courts and administrative bodies) involved in the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to, the taxes covered by the Convention. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions, unless the competent authority of the Contracting State supplying the information raises an objection.

2. In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed as to impose on the Contracting State the obligation:

(a) To carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;

(b) To supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;

(c) To supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (*ordre public*).

Article 27. ASSISTANCE IN COLLECTION

(1) The Contracting States shall lend each other mutual assistance in the collection, in accordance with the provisions of their own laws, of the taxes to which this Convention applies and any late charges, surcharges, interest and costs pertaining thereto, where the sums to be collected are finally due under the laws of the requesting State.

(2) Requests for assistance shall be accompanied by such documents as are required under the laws of the requesting State as evidence that the sums to be collected are finally due.

(3) On receipt of the said documents, writs shall be served and measures of collection and recovery taken in the requested State according to the laws that apply to the collection and recovery of its own taxes. In particular, writs of execution shall be prepared in the form required by the laws of that State. Preferential rights that apply in the requested State to domestic tax claims shall not apply to tax claims for which recovery assistance is requested.

(4) In the case of tax debts not finally due, the creditor State may request the other State to take such interim measures as its domestic laws permit.

Article 28. REFUND OF WITHHOLDING TAX

(1) If in one of the Contracting States the taxes on dividends, interest, royalties or other items of income are levied by withholding at source, then the right to apply the withholding of tax at the full rate provided for under the domestic law of that State is not affected by the provisions of this Convention.

(2) The tax so withheld at source at the full rate shall be refunded on application to the extent that its levying is limited by this Convention.

(3) The period for application for a refund is four years from the end of the calendar year in which the dividends, interest, royalties or other items of income have been received.

(4) The Contracting State in which the income arises may require an administrative certification by the Contracting State of which the taxpayer is a resident with respect to the fulfilment of the conditions for unlimited tax liability in that State.

(5) The competent authorities of the Contracting States shall implement the foregoing provisions by mutual agreement pursuant to article 25.

(6) The competent authorities of the Contracting States may establish by mutual agreement other procedures for the implementation of tax reductions provided under this Convention.

*Article 29. MEMBERS OF DIPLOMATIC MISSIONS
AND CONSULAR POSTS*

Nothing in this Convention shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions, consular posts and permanent delegations under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

Article 30. ENTRY INTO FORCE

(1) This Convention shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged at Bonn as soon as possible.

(2) The Convention shall enter into force upon the exchange of instruments of ratification and its provisions shall have effect:

(a) In respect of taxes withheld at the source for amounts paid or credited on or after 1 January 1991;

(b) In respect of taxes on income and capital for the calendar year 1991 (or the fiscal year ending in that year) and subsequent years.

(3) Notwithstanding the foregoing provisions of this article, the tax charged pursuant to article 10, paragraph 4 (a), on dividends (within the meaning of paragraph 6 of that article) distributed before 1 January 1992 may exceed 5 percent of the gross amount of the dividends but shall not exceed 10 percent thereof.

(4) Upon the entry into force of this Convention, the Agreement between the Kingdom of Norway and the Federal Republic of Germany for the avoidance of double taxation and concerning reciprocal administrative and legal assistance with respect to taxes on income and fortune and to the business tax, signed at Oslo, on

18 November 1958,¹ shall cease to have effect and shall not thenceforth apply to the taxes to which, in accordance with the provisions of paragraphs 2 and 3, this Convention applies.

Article 31. TERMINATION

This Convention shall remain in force until terminated by a Contracting State. Either Contracting State may terminate the Convention, through the diplomatic channel, by giving notice of termination at least six months before the end of any calendar year after the fifth year. In such event, the Convention shall cease to have effect:

(a) In respect of taxes withheld at the source for amounts paid or credited on or after 1 January of the calendar year following the year in which the notice of termination is given;

(b) In respect of taxes on income and capital for the calendar year (or the fiscal year beginning in that year) following the year in which the notice of termination is given.

IN WITNESS WHEREOF the respective plenipotentiaries have signed this Convention.

DONE at Oslo on 4 October 1991 in duplicate in the Norwegian and German languages, both texts being equally authentic.

For the Federal
Republic of Germany:
HARALD HOFMANN

For the Kingdom
of Norway:
JAN FLATLA

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 357, No. I-5119.

PROTOCOL

At the signing today of the Convention between the Federal Republic of Germany and the Kingdom of Norway concerning the Avoidance of Double Taxation and Mutual Administrative Assistance with Respect to Taxes on Income and on Capital, the undersigned agreed upon the following provisions, which shall form an integral part of the Convention:

1. *With reference to article 5*

The twelve-month period stipulated in paragraph 3 also applies to supervisory or advisory activities that are carried on through a fixed place of business connected with the construction or installation project.

2. *With reference to article 8*

An enterprise to which the provisions of article 8 apply shall be deemed to have its place of effective management in both Contracting States if:

(a) The enterprise is operated by a company or other body of persons in which all shareholders are jointly and severally liable and at least one of the shareholders has unlimited liability; and

(b) At least one of the shareholders is a resident of one of the Contracting States and one or more of the shareholders is or are residents of the other Contracting State; and

(c) The effective management of the enterprise is not exercised solely in one of the Contracting States.

In such case the profits of the enterprise may be taxed pro rata in the State of which the shareholders mentioned in subparagraph (b) are residents.

3. *With reference to article 10*

(a) Dividends distributed by a company which is a resident of both Contracting States in accordance with article 4, paragraph 1, shall be taxable in each of the Contracting States under its laws and in accordance with that article. The competent authorities of the Contracting States shall make arrangements by mutual agreement to avoid double taxation;

(b) Notwithstanding article 10, paragraphs 2, 3 and 4, income from rights or claims associated with a profit share (in the Federal Republic of Germany including the income derived by a sleeping partner (*stiller Gesellschafter*) from his participation as such or income derived from shareholder loans (*partiarische Darlehen*), participating debentures (*Gewinnobligationen*) or “jouissance” “rights or jouissance” shares) which is deductible in calculating the profits of the payer shall be taxable in the Contracting State from which the income is derived, under the laws of that State.

4. *With reference to articles 10 to 12*

The recipient of dividends, interest and royalties shall be deemed to be the beneficial owner for the purposes of articles 10, 11 and 12 if he is the owner of the right on which the payment is based and the income deriving therefrom is attributable to him under the tax laws of both States.

5. *With reference to articles 15 and 23*

Notwithstanding the provisions of article 15, the remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State under a secondment agreement shall be taxable in that other State.

Notwithstanding the provisions of article 23, such remuneration may also be taxed in the State of which the employee is a resident. The last-mentioned State shall allow a credit for the tax paid to the other State according to the principles of article 23, paragraph 1 (b) or paragraph 2 (b).

The Contracting States may, in accordance with their domestic law, require payment of the tax due on such remuneration from the entity lending or the entity borrowing the services of the employee or hold them liable for it.

6. *With reference to article 15*

If a company which operates ships or aircraft in international traffic is managed by a general partnership consisting of one or more partners who are residents of one Contracting State and one or more partners who are residents of the other Contracting State, and if the competent authorities of the Contracting States cannot agree in which State the company has its place of effective management, the remuneration mentioned in article 15, paragraph 3, may be taxed in the Contracting State of which the recipient is a resident.

7. *With reference to article 19*

To the extent that the Federal Republic of Germany, in accordance with its law, cannot tax the remuneration mentioned in article 19, paragraph 1, paid to a national of the Kingdom of Norway, paragraph 1 (b) shall be replaced by the following:

“However, such remuneration shall be taxable only in the other Contracting State, if the services are rendered in that State and the individual is a resident and national of that State.

This provision applies to remuneration paid prior to 1 January of the calendar year following the year in which the law of the Federal Republic of Germany is changed to allow it to tax such remuneration.”

8. *With reference to article 21*

Payments which a student, student trainee or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.

9. *With reference to article 23*

If a company which is a resident of the Federal Republic of Germany distributes income derived from sources within the Kingdom of Norway, the provisions of article 23, paragraph 2, shall not preclude the compensatory imposition of corporation tax (*Ausschüttungsbelastung*) in accordance with the provisions of the taxation law of the Federal Republic of Germany.

10. *With reference to articles 23 and 25*

The Contracting States shall avoid double taxation by a tax credit as provided for in article 23, paragraphs 1 (b) and 2 (b), and not by a tax exemption as provided for in article 23, paragraph 1 (a) or 2 (a):

(a) If in the Contracting States income or capital is placed under different provisions of the Convention or attributed to different persons (except as provided for in article 9) and this conflict cannot be settled by a procedure pursuant to article 25; and

(aa) If as a result of such differing placement or attribution the income or capital in question would be subject to double taxation; or

(bb) If as a result of such differing placement or attribution the income or capital in question would remain untaxed or would remain exempt from tax in the Federal Republic of Germany or the Kingdom of Norway; or

(b) If a Contracting State has, after due consultation and subject to the limitations of its domestic law, notified the other Contracting State through the diplomatic channel of other items of income to which it intends to apply this paragraph in order to prevent the avoidance of taxation on the income in both Contracting States or other arrangements for the improper use of the Convention.

DONE at Oslo on 4 October 1991 in two originals in the Norwegian and German languages, both texts being equally authentic.

For the Federal
Republic of Germany:

HARALD HOFMANN

For the Kingdom
of Norway:

JAN FLATLA

[TRADUCTION — TRANSLATION]

CONVENTION¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE ROYAUME DE NORVÈGE TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION ET RÉGLANT L'ENTRAIDE ADMINISTRATIVE EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET SUR LA FORTUNE

La République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Norvège,

Désireux de conclure une nouvelle Convention tendant à éviter la double imposition et réglant l'entraide administrative en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune,

Sont convenus des dispositions ci-après :

Article premier. PERSONNES AUXQUELLES LA CONVENTION S'APPLIQUE

La présente Convention s'applique aux personnes résidentes de l'un des Etats contractants ou des deux.

Article 2. IMPÔTS AUXQUELS LA CONVENTION S'APPLIQUE

1. La présente Convention s'applique aux impôts sur le revenu et sur la fortune perçus pour le compte de l'un ou l'autre Etat contractant ou de l'une de ses subdivisions politiques ou administratives ou de l'une de ses collectivités locales, quel que soit le mode de perception.

2. Sont des impôts sur le revenu et sur la fortune tous les impôts perçus sur tout ou partie du revenu ou de la fortune, y compris les impôts sur les bénéfices de l'aliénation des biens mobiliers ou immobiliers, ainsi que les impôts sur les plus-values.

3. Les impôts existants auxquels s'applique la Convention sont, en particulier :

a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne :

- i) L'impôt sur le revenu (*Einkommensteuer*);
 - ii) L'impôt sur les sociétés (*Körperschaftsteuer*);
 - iii) L'impôt sur la fortune (*Vermögensteuer*);
 - iv) Les contributions des patentes (*Gewerbsteuer*);
 - v) L'impôt immobilier (*Grundsteuer*);
- (ci-après dénommé « l'impôt allemand »);

b) En ce qui concerne le Royaume de Norvège :

- i) L'impôt d'Etat sur le revenu (*inntektsskatt til staten*);

¹ Entrée en vigueur le 7 octobre 1993, soit un mois après l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Bonn le 7 septembre 1993, conformément au paragraphe 2 de l'article 30.

- ii) L'impôt départemental sur le revenu (*inntektsskatt til fylkeskommunen*);
 - iii) L'impôt communal sur le revenu (*inntektsskatt til kommunen*);
 - iv) La contribution au fonds de péréquation fiscale perçue par l'Etat (*fellesskatt til Skattefordelingsfondet*);
 - v) L'impôt d'Etat sur la fortune (*formuesskatt til staten*);
 - vi) L'impôt communal sur la fortune (*formuesskatt til kommunen*);
 - vii) L'impôt d'Etat sur les revenus et la fortune provenant de la recherche et de l'exploitation de gisements pétroliers situés sous le fond des mers et des activités et travaux connexes, y compris le transport du pétrole par oléoduc (*skatt til staten vedrørende inntekt og formue i forbindelse med undersøkelse etter og utnyttelse av undersjøiske petroleumforekomster og dertil knyttet virksomhet og arbeid, herunder rørledningstransport av utvunnet petroleum*);
 - viii) Les montants prélevés par l'Etat sur les revenus des artistes non résidents (*avgift til staten av honorarer som tilfaller kunstnere bosatt i utlandet*);
- (ci-après dénommé « l'impôt norvégien »).

4. La présente Convention s'appliquera aussi à tous les impôts de nature identique ou analogue qui seront perçus par l'un ou l'autre Etat contractant après sa signature en plus des impôts existants ou à leur place.

Article 3. DÉFINITIONS GÉNÉRALES

1. Au sens de la présente Convention, à moins que le contexte n'exige une interprétation différente, on entend par :

a) Un « Etat contractant » et l'« autre Etat contractant », suivant le contexte, la République fédérale d'Allemagne ou le Royaume de Norvège;

b) « Royaume de Norvège », le Royaume de Norvège, y compris toutes les étendues, en dehors de ses eaux territoriales, à l'intérieur desquelles le Royaume de Norvège, conformément au droit norvégien et au droit international public, a des droits sur le fond de la mer et son sous-sol ainsi que ses richesses naturelles; ces mots ne s'entendent pas de Svalbard, Jan Mayen et le biland;

c) « République fédérale d'Allemagne », le territoire sur lequel s'applique le droit fiscal de la République fédérale d'Allemagne, y compris le fond de la mer qui jouxte la mer côtière et la colonne d'eau au-dessus, dans la mesure où la République fédérale d'Allemagne y exerce des droits souverains et sa souveraineté territoriale pour explorer et exploiter les ressources naturelles conformément au droit international public et à son droit interne;

d) « Personne », les personnes physiques, les sociétés et toutes les autres associations de personnes;

e) « Société », toute personne morale ou toute entité considérée comme une personne morale aux fins de l'imposition;

f) « Entreprise d'un des Etats contractants » et « entreprise de l'autre Etat contractant », respectivement, une entreprise exploitée par un résident d'un Etat contractant ou une entreprise exploitée par un résident de l'autre Etat contractant;

g) « Trafic international », tout transport effectué par un navire ou un aéronef exploité par une entreprise dont le siège de direction effective est situé sur le territoire d'un Etat contractant, sauf si le navire ou l'aéronef n'est exploité qu'entre des points situés sur le territoire de l'autre Etat contractant;

h) « Ressortissant » :

- i) En ce qui concerne le Royaume de Norvège, toutes les personnes physiques qui possèdent la nationalité du Royaume de Norvège, ainsi que toutes les personnes morales, sociétés de personnes et autres associations de personnes constituées conformément au droit en vigueur du Royaume de Norvège;
- ii) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, tous les Allemands au sens du paragraphe 1 de l'article 116 de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne ainsi que toutes les personnes morales, sociétés de personnes et autres associations de personnes constituées conformément au droit en vigueur de la République fédérale d'Allemagne;

i) « Autorité compétente » :

- i) Au Royaume de Norvège, le Ministre des finances et des douanes et son représentant autorisé;
- ii) En République fédérale d'Allemagne, le Ministère fédéral des finances ou son représentant autorisé.

2. Aux fins de l'application de la présente Convention par un Etat contractant, tout mot ou groupe de mots non défini autrement a le sens que lui attribue la législation de cet Etat applicable aux impôts qui font l'objet de la Convention, à moins que le contexte n'exige une interprétation différente ou que les autorités compétentes soient convenues d'une interprétation commune.

Article 4. DOMICILE FISCAL

1. Au sens de la présente Convention, on entend par les mots « résident d'un Etat contractant » une personne qui, en vertu de la législation de cet Etat, est assujettie sur le territoire dudit Etat à l'impôt de celui-ci en raison de son domicile, de sa résidence permanente, du siège de sa direction ou de tout autre critère de nature analogue. Toutefois, ces mots ne désignent pas les personnes qui sont imposables sur le territoire de cet Etat seulement au titre des revenus qu'elles tirent de sources situées dans ledit Etat ou de la fortune qu'elles y possèdent.

2. Lorsque, selon les dispositions du paragraphe 1 du présent article, une personne physique est résidente de chacun des Etats contractants, sa situation est déterminée de la manière suivante :

a) Cette personne est considérée comme résidente de l'Etat contractant sur le territoire duquel elle dispose d'un foyer d'habitation permanent. Si elle dispose d'un foyer d'habitation permanent sur le territoire de chacun des Etats contractants, elle est réputée résidente de l'Etat contractant avec lequel ses liens personnels et économiques sont les plus étroits (centre des intérêts vitaux);

b) Si l'Etat contractant sur le territoire duquel cette personne a le centre de ses intérêts vitaux ne peut pas être déterminé ou si elle ne dispose d'un foyer d'habitation permanent sur le territoire d'aucun des Etats contractants, elle est réputée résidente de l'Etat contractant où elle séjourne habituellement;

c) Si cette personne séjourne habituellement sur le territoire de chacun des Etats contractants ou ne séjourne habituellement dans aucun d'eux, elle est réputée résidente de l'Etat contractant dont elle possède la nationalité;

d) Si cette personne possède la nationalité de chacun des Etats contractants ou ne possède la nationalité d'aucun d'eux, les autorités compétentes des Etats contractants tranchent la question d'un commun accord.

3. Si, selon les dispositions du paragraphe 1 du présent article, une personne autre qu'une personne physique est résidente de chacun des Etats contractants, elle est réputée résidente de l'Etat contractant où se trouve le siège de sa direction effective.

Article 5. ETABLISSEMENT STABLE

1. Au sens de la présente Convention, on entend par « établissement stable » une installation fixe d'affaires où l'entreprise exerce tout ou partie de son activité.

2. Les mots « établissement stable » s'entendent notamment :

a) Des sièges de direction;

b) Des succursales;

c) Des bureaux;

d) Des usines;

e) Des ateliers;

f) Des mines, gisements de pétrole ou de gaz, carrières ou autres lieux d'extraction de richesses naturelles.

3. Un chantier de construction ou de montage ne constitue un établissement stable que si sa durée dépasse 12 mois.

4. Indépendamment des dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article, ne constituent pas des « établissements stables » :

a) Les installations qui servent uniquement à l'entreposage, l'exposition ou la livraison de marchandises de l'entreprise;

b) Les marchandises appartenant à l'entreprise qui sont entreposées aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison;

c) Les marchandises appartenant à l'entreprise qui sont entreposées aux seules fins de transformation par une autre entreprise;

d) Les installations fixes d'affaires utilisées aux seules fins d'acquérir des marchandises ou de réunir des informations pour l'entreprise;

e) Les installations fixes d'affaires qui sont utilisées, pour l'entreprise, uniquement pour la publicité, la fourniture d'informations, des recherches scientifiques ou des activités analogues qui ont un caractère préparatoire ou auxiliaire;

f) Les installations fixes d'affaires dont le seul objet est l'exercice d'une ou de plusieurs des activités énumérées aux alinéas a à e à condition que l'activité d'ensemble de ces installations ait de ce fait un caractère préparatoire ou auxiliaire.

5. Si une personne — autre qu'un représentant indépendant au sens du paragraphe 6 du présent article — travaille pour une entreprise et, dans un des Etats contractants, dispose des pleins pouvoirs pour conclure des contrats au nom de

cette entreprise et les y exerce habituellement, nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article, ladite entreprise est considérée comme ayant un établissement stable dans cet Etat pour toutes les activités exercées par cette personne en son nom, à moins que ces activités ne se limitent à celles qui sont visées au paragraphe 4 du présent article et qui, si elles étaient exercées par une installation fixe d'affaires, ne feraient pas de celle-ci un établissement stable au sens de ce paragraphe.

6. Une entreprise n'est pas considérée comme ayant un établissement stable sur le territoire d'un Etat contractant du seul fait qu'elle y exerce son activité par l'entremise d'un courtier, d'un commissionnaire général ou de tout autre représentant jouissant d'un statut indépendant, à condition que ces personnes agissent dans le cadre de leur activité habituelle.

7. Qu'une société résidente d'un Etat contractant contrôle ou soit contrôlée par une société qui est résidente de l'autre Etat contractant ou qui exerce son activité (que ce soit par l'intermédiaire d'un établissement stable ou non) sur le territoire de l'autre Etat contractant ne suffit pas à faire de l'une quelconque de ces sociétés un établissement stable de l'autre.

Article 6. REVENUS IMMOBILIERS

1. Les revenus que les résidents d'un des Etats contractants tirent de biens immobiliers, y compris d'exploitations agricoles ou forestières situés sur le territoire de l'autre Etat contractant, sont imposables sur le territoire de l'Etat où ces biens sont situés.

2. Les mots « biens immobiliers » ont le sens que leur attribue le droit de l'Etat contractant où les biens sont situés. En tout cas, ils s'entendent aussi des accessoires, du cheptel mort ou vif des exploitations agricoles et forestières, des droits auxquels s'appliquent les dispositions du droit privé concernant la propriété foncière, de l'usufruit des biens immobiliers ainsi que des droits à des redevances variables ou fixes pour l'exploitation ou la concession de l'exploitation de gisements minéraux, de sources et d'autres richesses naturelles; les bateaux et aéronefs ne sont pas considérés comme des biens immobiliers.

3. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliquent aussi aux revenus provenant de l'exploitation directe, de la location ou de l'affermage, ainsi que de toute autre forme d'exploitation de biens immobiliers.

4. Les dispositions des paragraphes 1 et 3 s'appliquent également aux revenus provenant des biens immobiliers d'entreprises ainsi qu'aux revenus des biens immobiliers servant à l'exercice d'une profession libérale.

Article 7. BÉNÉFICES DES ENTREPRISES

1. Les bénéfices d'une entreprise d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat, à moins que l'entreprise n'exerce son activité dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé. Si l'entreprise exerce son activité d'une telle façon, ses bénéfices sont imposables dans l'autre Etat, mais uniquement dans la mesure où ils sont imputables à l'établissement stable.

2. Sous réserve des dispositions du paragraphe 3 du présent article, si une entreprise d'un Etat contractant exerce son activité dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, il est imputé, dans chaque Etat contractant, à cet établissement stable les bénéfices qu'il aurait pu faire s'il avait constitué une entreprise distincte et séparée exerçant des activités identiques ou analogues dans des conditions identiques ou analogues et traitant en toute indépendance avec l'entreprise dont il constitue un établissement stable.

3. Dans le calcul des bénéfices des établissements stables, sont admises en déduction les dépenses encourues aux fins poursuivies par cet établissement stable, y compris les dépenses de direction et les frais généraux d'administration, soit dans l'Etat où est situé l'établissement stable, soit ailleurs.

4. Si, dans un Etat contractant, il est d'usage de déterminer les bénéfices imputables à un établissement stable sur la base d'une répartition des bénéfices totaux de l'entreprise entre ses diverses parties, aucune disposition du paragraphe 2 du présent article n'empêche cet Etat contractant de déterminer les bénéfices imposables selon la répartition en usage; la méthode de répartition adoptée doit cependant être telle que le résultat obtenu soit conforme aux principes énoncés dans le présent article.

5. Aucun bénéfice n'est imputé à un établissement stable du seul fait qu'il a acheté des marchandises pour l'entreprise.

6. Aux fins de l'application des dispositions du paragraphe 5 du présent article, les bénéfices à imputer à l'établissement stable sont calculés chaque année selon la même méthode à moins qu'il n'existe des motifs valables de procéder autrement.

7. Si les bénéfices comprennent des éléments de revenu qui font l'objet de dispositions dans d'autres articles de la présente Convention, les dispositions de ces articles ne sont en rien modifiées par celles du présent article.

Article 8. NAVIGATION MARITIME ET AÉRIENNE

1. Les bénéfices provenant de l'exploitation de navires ou d'aéronefs en trafic international ne sont imposables que dans l'Etat contractant où est situé le siège de la direction effective de l'entreprise.

2. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliquent aussi aux bénéfices provenant de la participation à un fonds commun, une exploitation en commun ou un organisme international d'exploitation.

3. Les bénéfices retirés par une entreprise d'un Etat contractant de la location de conteneurs (y compris de remorques et de matériel auxiliaire pour le transport de conteneurs) utilisés pour transporter des marchandises en trafic international ne peuvent être imposés que dans l'Etat contractant où se trouve le siège de la direction effective de l'entreprise.

4. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article s'appliquent aux bénéfices du consortium de transports aériens constitué par la Norvège, le Danemark et la Suède, Scandinavian Airlines System (SAS), mais uniquement dans la mesure où les bénéfices de Det Norske Luftfartsselskap A/S (DNL), l'associé norvégien de SAS, correspondent à sa participation à cet organisme.

Article 9. ENTREPRISES ASSOCIÉES

a) Si une entreprise d'un Etat contractant participe directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'autre Etat contractant;

b) Ou si les mêmes personnes participent directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise d'un Etat contractant et d'une entreprise de l'autre Etat contractant;

et si, dans l'un et l'autre cas, les deux entreprises sont, dans leurs relations commerciales ou financières, liées par des conditions convenues ou imposées qui diffèrent de celles dont conviendraient des entreprises indépendantes, les bénéfices qui auraient été faits par l'une des entreprises sans ces conditions mais n'ont pu l'être à cause d'elles peuvent être inclus dans les bénéfices de cette entreprise et imposés en conséquence.

Article 10. DIVIDENDES

1. Les dividendes payés par une société résidente de l'un des Etats contractants à un résident de l'autre Etat sont imposables dans cet autre Etat.

2. Ces dividendes peuvent cependant être aussi imposés dans l'Etat contractant dont la société distributrice est résidente, conformément à la législation de cet Etat; si la personne à laquelle sont payés les dividendes en est effectivement le bénéficiaire, l'impôt ne peut excéder 15 p. 100 du montant brut des dividendes.

3. Nonobstant les dispositions du paragraphe 2 du présent article, l'Etat dont la société distributrice est résidente ne peut pas imposer les dividendes si leur bénéficiaire effectif est une société (autre qu'une société de personnes) résidente de l'autre Etat qui détient au moins 25 p. 100 du capital de la société distributrice.

4. Si le taux de l'impôt sur les dividendes distribués d'une société est inférieur dans l'un des Etats contractants au taux de l'impôt sur les dividendes non distribués et si l'écart entre les deux taux est égal ou supérieur à 5 points de pourcentage, et aussi longtemps qu'il en est ainsi, nonobstant les dispositions du paragraphe 3 du présent article, chacun des Etats contractants peut imposer les dividendes distribués par une société résidente de l'un d'eux à une société (autre qu'une société de personnes) résidente de l'autre et détentrice directe d'au moins 25 p. 100 du capital de la société distributrice; le taux auquel les dividendes sont ainsi imposés ne peut cependant pas dépasser :

a) Cinq pour cent du montant brut des dividendes si l'écart susmentionné est égal ou inférieur à 15 points de pourcentage;

b) Dix pour cent du montant brut des dividendes si l'écart susmentionné dépasse 15 points de pourcentage.

Toutefois, si l'écart susmentionné dans un des Etats contractants est égal ou supérieur à 20 points, cet Etat peut imposer ces dividendes à un taux qui ne dépasse pas 15 p. 100 de leur montant brut.

5. Les dispositions du présent paragraphe ne modifient en rien l'imposition des bénéfices de la société à partir desquels les dividendes sont payés.

6. Au sens du présent article, le mot « dividende » s'entend des revenus d'actions, d'usufruits de droits de jouissance, ou de parts minières, de parts de fon-

dateurs ou d'autres droits assortis d'une participation aux bénéfices — à l'exception de créances ainsi que les autres revenus, à d'autres titres, assimilés par le droit de l'Etat dont la société distributrice est résidente aux revenus d'actions aux fins de l'impôt et les revenus que les commanditaires retirent de leur participation en telle qualité, et les distributions résultant d'une participation à des fonds d'investissements. Dans le cas de la République fédérale d'Allemagne, il s'entend aussi des revenus de « *partiarischen Darlehen* » et de « *Gewinnobligationen* ».

7. Les dispositions des paragraphes 1 à 4 du présent article ne s'appliquent pas si le bénéficiaire effectif des dividendes, résident d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant dont la société distributrice est résidente, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession libérale au moyen d'une base fixe qui y est située, et si la participation génératrice des dividendes se rattache effectivement à cet établissement stable ou à cette base fixe. Dans ce cas, les articles 7 et 14 sont respectivement d'application.

8. Si une société résidente d'un Etat contractant tire des bénéfices ou des revenus de l'autre Etat contractant, cet autre Etat ne peut imposer ni les dividendes payés par la société, sauf si ces dividendes sont payés à un résident de cet autre Etat ou dans la mesure où la participation génératrice des dividendes se rattache effectivement à un établissement stable ou à une base fixe située dans ledit autre Etat, ni assujettir les bénéfices de la société à l'impôt sur les bénéfices non distribués, même si les dividendes payés ou les bénéfices non distribués consistent en tout ou en partie en bénéfices ou revenus provenant de cet autre Etat.

Article 11. INTÉRÊTS

1. Les intérêts provenant d'un des Etats contractants et payés à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables seulement dans cet autre Etat si ce résident en est le bénéficiaire effectif.

2. Au sens du présent article, le mot « intérêts » s'entend des revenus des titres de toute nature (même si ces titres sont garantis par des hypothèques sur des terrains) et, en particulier, des revenus d'emprunts publics et d'obligations, y compris des augmentations qui y sont liées et des bénéfices des emprunts à lots, ainsi que de tous les autres revenus assimilés aux revenus d'emprunts par la législation de l'Etat contractant d'où proviennent ces revenus. Ce mot ne s'entend pas toutefois des revenus visés à l'article 10 de la présente Convention.

3. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des intérêts, résident d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant d'où proviennent les intérêts soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession libérale au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la créance génératrice des intérêts se rattache effectivement à l'établissement stable ou à la base fixe. Dans ce cas, les articles 7 et 14 respectivement sont d'application.

4. Si des relations spéciales existent entre le débiteur et le bénéficiaire effectif ou entre l'un d'eux et un tiers et que pour cela le montant des intérêts payés, compte tenu de la créance pour laquelle ils sont versés, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le créancier en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. En ce cas, la partie excédén-

taire des paiements est imposable conformément à la législation de chaque Etat contractant et compte tenu des autres dispositions de la présente Convention.

Article 12. DROITS DE LICENCE

1. Les droits de licence provenant d'un Etat contractant et payés à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables seulement dans cet autre Etat lorsque ce résident en est le bénéficiaire effectif.

2. Le mot « droit de licence » employé dans le présent article désigne les rémunérations de toutes natures payées pour l'usage ou la concession de l'usage de droits d'auteur d'œuvres littéraires, artistiques ou scientifiques, y compris les films cinématographiques et les films ou enregistrements destinés à la télévision, de brevets, de marques de fabrique ou de commerce, de dessins ou de modèles, de plans, de formules ou de procédés secrets, ainsi que pour des informations ayant trait à une expérience acquise dans le domaine industriel, commercial ou scientifique.

3. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article ne s'appliquent que lorsque le bénéficiaire des redevances, résident d'un Etat contractant; exerce dans l'autre Etat contractant, d'où proviennent les redevances, soit une activité industrielle et commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession libérale au moyen d'une base fixe qui y est située et que les droits ou les biens générateurs de redevances se rattachent effectivement à cet établissement stable ou à cette base fixe. Dans ce cas, les articles 7 et 14 respectivement sont d'application.

4. Si, par suite de relations spéciales qui existent entre le débiteur et le créancier ou que l'un ou l'autre entretient avec des tiers, le montant des redevances payées, compte tenu de la prestation correspondante, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le créancier en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. Dans ce cas, la partie excédentaire des paiements reste imposable conformément à la législation de chaque Etat contractant et compte tenu des autres dispositions de la présente Convention.

Article 13. GAINS PROVENANT DE L'ALIÉNATION DE CAPITAL

1. Les gains que les résidents de l'un des Etats contractants retirent de l'aliénation de biens immobiliers tels qu'ils sont définis à l'article 6 de la présente Convention sont imposables dans l'Etat contractant où ces biens sont situés.

2. Les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans l'autre Etat contractant ou de biens mobiliers constitutifs d'une base fixe dont dispose un résident d'un Etat contractant dans l'autre Etat contractant pour l'exercice d'une profession libérale, y compris les gains provenant de l'aliénation d'un tel établissement stable (seul ou avec l'ensemble de l'entreprise) ou d'une telle base fixe, sont imposables dans cet autre Etat.

3. Les gains provenant de l'aliénation de navires ou d'aéronefs ainsi que de conteneurs exploités en trafic international, ainsi que de biens meubles servant à l'exploitation de ces navires, aéronefs ou conteneurs, ne sont imposables que dans l'Etat contractant où les revenus de l'entreprise sont imposables conformément aux dispositions de l'article 8 de la présente Convention.

4. Les gains provenant de l'aliénation de la totalité ou de la majorité des parts d'une société dont les actifs sont constitués en totalité ou en majorité par des biens immobiliers situés sur le territoire d'un des Etats contractants sont imposables dans cet Etat.

5. Les gains provenant de l'aliénation complète ou partielle d'une participation appréciable dans une société sont imposables dans l'Etat sur le territoire duquel la société a son siège si le cédant résident de l'autre Etat contractant est une personne physique qui, à la fois :

a) A résidé dans le premier Etat au sens de l'article 4 à un moment quelconque au cours des cinq ans qui ont immédiatement précédé la cession;

b) N'est pas assujéti à l'impôt au titre de ces gains dans l'autre Etat.

Une participation est appréciable dans les cas où le cédant détient plus de 25 p. 100 du capital de la société.

6. Les gains provenant de l'aliénation de tous biens autres que ceux visés aux paragraphes précédents ne sont imposables que dans l'Etat contractant dont le cédant est un résident.

Article 14. ACTIVITÉS INDÉPENDANTES

1. Les revenus que les résidents d'un Etat contractant tirent d'une profession libérale ou d'autres activités indépendantes de caractère analogue ne sont imposables que dans cet Etat à moins que ces résidents ne disposent habituellement dans l'autre Etat contractant d'une base fixe pour l'exercice de leurs activités. S'ils disposent d'une telle base, les revenus sont imposables dans l'autre Etat mais uniquement dans la mesure où ils sont imposables à cette base fixe.

2. Les mots « activité libérale » désignent en particulier les activités indépendantes d'ordre scientifique, littéraire, artistique, éducatif ou pédagogique, ainsi que les activités indépendantes des médecins, avocats, ingénieurs, architectes, dentistes et comptables.

Article 15. ACTIVITÉS SALARIÉES

1. Sous réserve des dispositions des articles 16, 17, 18 et 19 de la présente Convention, les salaires, traitements et autres rémunérations similaires que les résidents d'un Etat contractant perçoivent au titre d'un emploi salarié sont imposables seulement dans cet Etat, à moins que l'emploi ne soit exercé dans l'autre Etat contractant. Dans ce dernier cas, les rémunérations reçues à ce titre sont imposables dans cet autre Etat.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 du présent article, les rémunérations que les résidents d'un Etat contractant reçoivent au titre d'un emploi salarié exercé dans l'autre Etat contractant ne sont imposables que dans le premier Etat si :

a) Le bénéficiaire ne séjourne pas dans l'autre Etat pendant plus de 183 jours en tout sur une période de 12 mois;

b) Les rémunérations sont payées par un employeur qui est résident du même Etat que le salarié;

c) La charge des rémunérations n'est supportée ni par un établissement stable ni par une base fixe de l'employeur dans l'autre Etat.

3. Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article, les rémunérations au titre d'un emploi salarié exercé à bord d'un navire ou d'un aéronef exploité en trafic international sont imposables dans l'Etat contractant où est situé le siège de la direction effective de l'entreprise. Dans la mesure toutefois où les rémunérations sont exonérées d'impôt dans cet Etat, elles sont imposables dans l'autre.

Les rémunérations que perçoivent les résidents du Royaume de Norvège au titre d'un emploi salarié exercé à bord d'un aéronef appartenant à SAS et exploité en trafic international ne sont imposables qu'au Royaume de Norvège.

Article 16. TANTIÈMES ET JETONS DE PRÉSENCE

Les tantièmes, jetons de présence et autres rétributions similaires qu'un résident d'un Etat contractant reçoit en qualité de membre du conseil d'administration ou d'un organe analogue d'une société résidente de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

Article 17. ARTISTES ET SPORTIFS

1. Nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15 de la présente Convention, les revenus que les artistes du spectacle, notamment les artistes de théâtre, de cinéma, de la radio ou de la télévision, et les musiciens ainsi que les sportifs retirent de leurs activités personnelles en cette qualité sont imposables dans l'Etat contractant où ces activités sont exercées.

2. Lorsque le revenu d'activités exercées personnellement et en cette qualité par un artiste du spectacle ou un sportif est attribué à une autre personne que l'artiste ou le sportif lui-même, il peut, nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15 de la présente Convention, être imposé dans l'Etat contractant où sont exercées ces activités. Il en est de même des revenus que cette autre personne retire de ses activités d'intermédiaire ou de la fourniture de prestations d'un artiste ou d'un sportif à des tiers, ainsi que des autres paiements liés à l'activité de l'artiste ou du sportif.

3. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article ne s'appliquent pas aux revenus tirés par les artistes ou les sportifs de l'activité qu'ils exercent dans l'un des Etats contractants s'ils sont résidents de l'autre Etat et que leur séjour dans le premier Etat est financé pour l'essentiel, indirectement ou directement, par des fonds publics de l'autre Etat ou est appuyé par une des collectivités locales de cet autre Etat. Dans ce cas, ces revenus ne sont imposables que dans l'Etat dont les artistes ou les sportifs sont résidents.

Article 18. PENSIONS DE RETRAITE, PENSIONS ALIMENTAIRES, RENTES ET PAIEMENTS ANALOGUES

1. Les pensions et autres rémunérations analogues versées à un résident d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat.

2. Les pensions de retraite, les rentes et les autres paiements réguliers ou exceptionnels effectués par un Etat contractant, une de ses subdivisions administratives ou politiques ou une de ses collectivités locales à titre d'indemnisation d'un

dommage résultant de faits de guerre ou de persécutions politiques au profit d'un résident de l'autre Etat contractant sont exonérés d'impôts dans l'autre Etat.

3. Les prestations servies conformément au droit de la sécurité sociale de la République fédérale d'Allemagne à des résidents du Royaume de Norvège ne sont imposables qu'en République fédérale d'Allemagne.

4. Les pensions alimentaires — y compris celles des enfants — payées par des résidents d'un des Etats contractants à des résidents de l'autre Etat sont exonérées d'impôt dans cet autre Etat si elles ne sont pas déductibles du revenu imposable de la personne qui les doit dans le premier Etat.

Article 19. FONCTION PUBLIQUE

1. a) Les rémunérations autres que les pensions, versées par un Etat contractant, l'une de ses subdivisions politiques ou administratives ou l'une de ses collectivités locales à une personne physique au titre de services rendus par elle dans l'exercice d'une fonction publique à cet Etat ou à une de ces subdivisions ou collectivités ne sont imposables que dans cet Etat;

b) Toutefois, ces rémunérations ne sont imposables que dans l'autre Etat contractant si les services sont rendus dans cet Etat et que la personne physique qui en est le bénéficiaire est résidente de cet Etat et :

- i) Soit possède la nationalité dudit Etat;
- ii) Soit n'est pas devenue résidente dudit Etat à seule fin de rendre les services.

2. Les dispositions des articles 15 et 16 de la présente Convention s'appliquent aux rémunérations autres que les pensions versées au titre de services liés à une activité industrielle ou artisanale d'un Etat contractant, d'une de ses subdivisions politiques ou administratives ou d'une de ses collectivités locales.

3. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliquent aussi aux rémunérations payées par la Deutsche Bundesbank, la Deutsche Bundesbahn et la Deutsche Bundespost ou par la Norges Bank, les Norges Statsbaner, le Norges Postverk ou le Norges Televerk. Il en est de même des rémunérations payées par le Goethe-Institut mais uniquement dans la mesure où elles sont imposables en République fédérale d'Allemagne.

Article 20. ACTIVITÉS AU LARGE

1. Le présent article s'applique nonobstant les autres dispositions de la présente Convention.

2. Les gains retirés par les résidents de l'un des Etats contractants d'activités liées à l'exploration et à l'exploitation du fond des mers et de leur sous-sol ainsi que de leurs richesses naturelles dans la zone qui est adjacente à la mer territoriale de l'autre Etat contractant et à l'intérieur de laquelle cet Etat jouit de droits souverains conformément au droit international sont imposables dans cet autre Etat sous réserve des dispositions des paragraphes 3 et 4 du présent article. Les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 7 s'appliquent *mutatis mutandis* au calcul de ces gains. Toutefois, si cette activité n'a pas été exercée pendant plus de 30 jours au cours d'une période de 12 mois, les gains sont imposables seulement dans le premier Etat.

3. Si des activités sont exercées par une entreprise et d'autres par une autre entreprise et si les deux groupes d'activités sont liés au point d'être considérés comme n'en constituant qu'un et si l'une des entreprises dépend directement ou indirectement de l'autre ou si les deux entreprises dépendent directement ou indirectement d'un troisième, il est tenu compte des activités des deux entreprises pour le calcul du délai visé au paragraphe 2 du présent article.

4. Les gains que retire un résident d'un des Etats contractants du transport de marchandises ou de passagers en un lieu ou entre des lieux où sont exercées des activités liées à la prospection ou à l'exploitation du fond de la mer et de son sous-sol ainsi que de ses richesses naturelles dans la zone susvisée adjacente à un Etat contractant, ou de l'exploitation de navires remorqués ou d'autres navires ayant une fonction auxiliaire ne sont imposables que dans l'Etat où se trouve le siège de direction effective de l'entreprise.

5. a) Sous réserve des dispositions de l'alinéa *b* du présent paragraphe, les traitements, salaires et autres rémunérations retirés par un résident de l'un des Etats contractants d'un travail salarié lié à la prospection ou l'exploitation du fond de la mer ou de son sous-sol ainsi que de ses richesses naturelles dans la zone susmentionnée adjacente au territoire de l'autre Etat contractant sont imposables dans l'autre Etat dans la mesure où les services sont fournis sur le territoire de cet autre Etat au large de ses côtes, à condition que le travail salarié accompli au large des côtes le soit pendant en tout plus de 30 jours au cours d'une période de 12 mois;

b) Les traitements, salaires et autres rémunérations retirés par des résidents de l'un des Etats contractants d'un travail salarié à bord d'un navire ou d'un aéronef qui transporte des provisions ou des passagers jusqu'à un lieu ou entre deux lieux où sont exercées des activités liées à la prospection ou à l'exploitation du fond de la mer ou de son sous-sol et de ses richesses naturelles dans la zone adjacente susmentionnée qui jouxte un Etat contractant ou d'un travail salarié à bord de navires remorqués ou d'autres navires ayant une fonction auxiliaire, ne sont imposables que dans l'Etat contractant où se trouve le siège de direction effective de l'entreprise.

6. Les gains retirés par un résident de l'un des Etats contractants de l'aliénation :

a) Soit de droits de prospection ou d'exploitation;

b) Soit de biens situés dans l'autre Etat et utilisés en rapport avec des activités au large visées au paragraphe 2 du présent article et exercées dans l'autre Etat;

c) Soit de parts d'une société dont la valeur provient exclusivement ou pour la majeure partie, directement ou indirectement, de ces droits ou de ces biens ou de l'addition de ces droits et de ces biens;

sont imposables dans l'autre Etat.

Au sens du présent paragraphe, on entend par droits d'« exploitation » ou de « prospection » des droits sur des biens provenant de la prospection ou de l'exploitation du fond de la mer ou de son sous-sol et de ses richesses naturelles dans l'autre Etat contractant, y compris les droits à l'utilisation ou à la jouissance de ces biens.

Article 21. AUTRES REVENUS

1. Quelle que soit leur origine, les éléments du revenu des résidents d'un Etat contractant dont il n'est pas traité dans les articles précédents de la présente Convention ne sont imposables que dans cet Etat.

2. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article ne s'appliquent pas aux revenus autres que ceux des biens immobiliers au sens du paragraphe 2 de l'article 6 si le bénéficiaire du revenu, résident d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession libérale au moyen d'une base fixe qui y est située, et que le droit ou le bien générateur du revenu se rattache effectivement à cet établissement stable ou à cette base fixe. Dans ce cas, il convient d'appliquer les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14 selon le cas.

Article 22. FORTUNE

1. La fortune constituée par des biens immobiliers, au sens de l'article 6 de la présente Convention, qui appartient à un résident d'un des Etats contractants et est située dans l'autre, est imposable dans ce dernier.

2. La fortune constituée par des biens mobiliers faisant partie de l'actif d'un établissement stable appartenant à une entreprise d'un Etat contractant et situé dans l'autre Etat ou par des biens constitutifs d'une base fixe qui sert à un résident d'un Etat contractant à exercer une profession libérale dans l'autre Etat est imposable dans cet autre Etat.

3. Les navires, aéronefs et conteneurs exploités en trafic international ainsi que les biens mobiliers servant à l'exploitation de tels navires, aéronefs ou conteneurs sont seulement imposables dans l'Etat contractant où les bénéfices de la société sont imposables conformément aux dispositions de l'article 8 de la présente Convention.

4. Tous les autres éléments de fortune des résidents de l'un des Etats contractants sont imposables seulement dans cet Etat.

Article 23. DISPOSITIONS PERMETTANT D'ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION

1. Au Royaume de Norvège :

a) Le Royaume de Norvège exonère d'impôts, sous réserve des dispositions des alinéas *b* et *c* du présent paragraphe, les revenus ou les éléments de fortune qui sont imposables en République fédérale d'Allemagne en vertu de la présente Convention et que perçoivent ou possèdent des résidents du Royaume de Norvège;

b) Le Royaume de Norvège déduit du revenu imposable des revenus que perçoivent ses résidents et qui sont imposables conformément aux dispositions de l'article 10, aux paragraphes 4 et 5 de l'article 13 ainsi que des articles 16, 17 et 20 de la présente Convention en République fédérale d'Allemagne, un montant correspondant à l'impôt payé dans ce pays. Le montant déductible ne peut cependant dépasser la part de l'impôt calculé avant déduction qui n'est pas perçu sur les revenus provenant de la République fédérale d'Allemagne;

c) Nonobstant les dispositions de l'alinéa *b* du présent paragraphe, les dividendes payés par une société résidente de la République fédérale d'Allemagne à une société qui est résidente du Royaume de Norvège et détient directement au moins

25 p. 100 des voix dans la société distributrice sont exonérés de l'impôt norvégien dans la mesure où ils seraient exonérés d'impôt selon le droit du Royaume de Norvège si les deux sociétés étaient résidentes de celui-ci;

d) Les revenus ou éléments de fortune de résidents du Royaume de Norvège qui doivent être exemptés de l'impôt norvégien en application de la présente Convention peuvent néanmoins être pris en compte pour la détermination de l'impôt sur les autres revenus ou éléments de fortune de ces résidents.

2. En République fédérale d'Allemagne :

L'impôt des résidents de la République fédérale d'Allemagne est calculé comme suit :

a) Sauf en cas d'application des dispositions de l'alinéa *b* du présent paragraphe, sont exclus de la base imposable en Allemagne les revenus ayant leur origine au Royaume de Norvège ainsi que les éléments de fortune situés dans ce pays qui sont imposables au Royaume de Norvège conformément à la présente Convention. Pour déterminer le taux de l'impôt applicable aux revenus ou éléments de fortune non exclus de cette base, la République fédérale d'Allemagne, cependant, tient compte des revenus et des éléments de fortune ainsi exclus. Ces dispositions ne s'appliquent aux revenus des dividendes que si ceux-ci sont payés à une société ayant son siège en République fédérale d'Allemagne par une société ayant son siège au Royaume de Norvège dont 10 p. 100 au moins des parts d'actionnaires votants appartiennent directement à la société allemande; cette disposition ne s'applique pas à la distribution de montants qui sont déduits pour la détermination des bénéfices de la société distributrice aux fins de l'impôt norvégien. Sont exclues aussi de la base imposable de l'impôt allemand les participations dont les dividendes, en cas de distribution, seraient exclus de cette base conformément aux dispositions de la phrase précédente;

b) En accord avec les dispositions du droit fiscal allemand relatives à la déduction des impôts étrangers, viennent en déduction de l'impôt allemand sur les revenus et les sociétés à percevoir sur les revenus ci-après provenant du Royaume de Norvège les impôts norvégiens payés conformément au droit norvégien et aux dispositions de la présente Convention au titre :

- i) Des dividendes au sens de l'article 10 qui ne sont pas visés à l'alinéa *a* du présent paragraphe;
- ii) Des gains de l'aliénation de biens auxquels s'appliquent les dispositions des paragraphes 4 et 5 de l'article 13;
- iii) Des rémunérations auxquelles s'appliquent les dispositions de l'article 16;
- iv) Des revenus auxquels s'appliquent les dispositions de l'article 17;
- v) Des revenus qui sont imposables au Royaume de Norvège seulement conformément aux dispositions de l'article 20.

Le montant à prendre en compte ne doit cependant pas excéder la part de l'impôt allemand, calculé avant déduction, qui aurait été appliqué à ces revenus.

3. Aux fins du présent article, les gains et les revenus des résidents d'un Etat contractant sont réputés avoir leur origine dans l'autre Etat contractant s'ils sont imposés dans l'autre Etat conformément à la présente Convention.

Article 24. NON-DISCRIMINATION

1. Les ressortissants de chacun des Etats contractants ne sont assujettis dans l'autre Etat à aucune imposition ni obligation qui serait liée à une imposition et serait autre ou plus lourde que celle à laquelle sont assujettis les ressortissants de l'autre Etat contractant qui se trouvent dans la même situation ou pourraient s'y trouver. Indépendamment des dispositions de l'article premier de la présente Convention, la présente disposition s'applique aussi aux personnes qui ne sont résidentes d'aucun des deux Etats.

2. Les apatrides résidents de l'un des Etats contractants ne sont assujettis dans l'autre Etat à aucun impôt ni à aucune obligation apparentée qui serait autrement ou plus onéreuse que l'imposition et les obligations apparentées auxquelles sont soumis ou pourraient être soumis les ressortissants de cet autre Etat dans des conditions identiques.

3. Les établissements stables que des entreprises d'un des Etats contractants ont dans l'autre Etat ne doivent pas être imposés dans ce dernier moins favorablement que les entreprises dudit autre Etat exerçant la même activité. La présente disposition ne doit pas être interprétée comme obligeant l'un des Etats contractants à accorder aux résidents de l'autre, en raison de leur situation ou charges de famille, les déductions personnelles, les abattements à la base et les réductions d'impôts qu'il accorde à ses résidents. Si une société d'un Etat contractant a un établissement stable dans l'autre Etat, celui-ci peut imposer l'établissement au taux applicable aux bénéficiaires non distribués des sociétés résidentes sur son territoire.

4. Dans les cas où ne s'appliquent pas les dispositions de l'article 9, du paragraphe 4 de l'article 11 ni du paragraphe 4 de l'article 12, les intérêts, droits de licence et autres rémunérations payés par une entreprise d'un des Etats contractants à un résident de l'autre Etat sont déductibles, aux fins du calcul des bénéfices imposables de l'entreprise, dans les mêmes conditions que les paiements à un résident du premier Etat contractant.

5. Les entreprises d'un Etat contractant dont le capital est détenu ou contrôlé, en totalité ou en partie, directement ou indirectement, par un ou plusieurs résidents de l'autre Etat contractant, ne sont assujetties dans le premier Etat à aucune imposition, ni obligation liée à une imposition, autre ou plus lourde que celles auxquelles sont ou peuvent être assujetties les entreprises de même nature du premier Etat.

6. Nonobstant les dispositions de l'article 2, les dispositions du présent article s'appliquent aux impôts de toute nature, quelle que soit leur désignation.

Article 25. PROCÉDURE AMIABLE

1. Si une personne estime que les mesures prises par un des Etats contractants ou par chacun des deux Etats entraînent ou entraîneront pour elle une imposition non conforme aux dispositions de la présente Convention, elle peut, indépendamment des recours prévus par la législation de ces Etats, saisir l'autorité compétente de l'Etat contractant dont elle est résidente de son cas, à condition qu'il soit visé par les dispositions du paragraphe 1 de l'article 24 de la présente Convention. Le cas doit être soumis dans les deux ans suivant la première notification de la mesure qui entraîne une imposition non conforme à la Convention.

2. L'autorité compétente s'efforce, si la réclamation lui paraît fondée et si elle n'est pas elle-même en mesure d'y apporter une solution satisfaisante, de régler la

question par accord amiable avec l'autorité compétente de l'autre Etat contractant, afin d'éviter une imposition non conforme à la présente Convention. Le règlement amiable a lieu quels que soient les délais définis par le droit interne des Etats contractants.

3. Les autorités compétentes des Etats contractants s'efforcent, par accord amiable, de résoudre les difficultés ou de dissiper les doutes auxquels peut donner lieu l'interprétation ou l'application de la présente Convention. Elles peuvent aussi rechercher ensemble les moyens d'éviter une double imposition dans les cas qui ne sont pas visés dans la présente Convention.

4. Les autorités compétentes des deux Etats contractants peuvent, conformément aux dispositions précédentes du présent article, se consulter, en particulier pour convenir, si possible :

a) D'une comptabilisation harmonisée des bénéfices imputables à une entreprise d'un Etat contractant et à un établissement stable de cette entreprise dans l'autre Etat;

b) D'une répartition harmonisée des bénéfices des entreprises associées au sens de l'article 9;

c) D'un traitement harmonisé des revenus qui, dans l'Etat d'où ils proviennent, sont assimilés aux revenus d'actions aux fins de l'impôt et sont ajoutés à d'autres revenus dans l'autre Etat.

5. Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent communiquer directement entre elles pour parvenir à un accord au sens des paragraphes 1 à 3. Si des échanges de vues de vive voix semblent devoir faciliter cet accord, ils pourront avoir lieu au sein d'une commission composée de représentants des autorités compétentes des Etats contractants. Si la procédure concerne un cas particulier, les intéressés sont entendus.

Article 26. ECHANGE D'INFORMATIONS

1. Les autorités compétentes des Etats contractants échangent les informations nécessaires à l'application de la présente Convention et des dispositions de leur droit interne relatives aux impôts visés par la Convention, dans la mesure où l'imposition qu'il prévoit n'est pas contraire à la Convention. L'échange d'informations n'est pas restreint par l'article premier de la présente Convention. Chaque Etat contractant tient les informations qu'il reçoit secrètes tout comme celles qu'il obtient en application de son droit interne et il ne les communique qu'aux personnes ou autorités (y compris les tribunaux et les organes administratifs) concernés par l'établissement ou le recouvrement des impôts visés par la présente Convention, par les procédures ou les poursuites concernant ces impôts ou les décisions sur les recours relatifs à ces impôts. Les personnes ou autorités susmentionnées n'utilisent ces informations qu'à ces fins. Elles ne peuvent en faire état au cours d'audiences publiques ou dans des jugements, qu'à condition que les autorités compétentes de l'Etat contractant ne s'y opposent pas.

2. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article ne peuvent en aucun cas être interprétées comme imposant à l'un des Etats contractants l'obligation de :

a) Prendre des dispositions administratives dérogeant à sa législation et à sa pratique administrative ou à celles de l'autre Etat contractant;

b) Fournir des informations qui ne pourraient pas être obtenues conformément à sa législation ou à sa pratique administrative normale ou à celles de l'autre Etat contractant;

c) Transmettre des renseignements qui révéleraient un secret commercial, industriel ou professionnel ou un procédé commercial ou des renseignements dont la communication serait contraire à l'ordre public.

Article 27. ENTRAIDE EN MATIÈRE DE RECOUVREMENT

1. Les Etats contractants se prêtent mutuellement assistance pour recouvrer, conformément à leur législation, les impôts visés par la présente Convention, y compris les majorations dues aux retards, les suppléments, les intérêts et les coûts sur la base de l'entraide si les montants à percevoir sont légalement dus selon la législation de l'Etat requérant.

2. La requête est accompagnée des pièces que la législation de l'Etat requérant requiert comme preuves que les montants à percevoir sont dus légalement.

3. Pour la présentation des pièces, les mesures relatives à la remise, à la perception et au recouvrement sont prises dans l'Etat requis conformément à la législation applicable à la perception et au recouvrement des impôts de cet Etat. En particulier, le titre d'exécution doit être présenté conformément à la réglementation de cet Etat. Les priorités existant dans l'Etat requis concernant les mises en recouvrement d'impôts nationaux ne s'appliquent pas aux créances fiscales dont le recouvrement est demandé.

4. Dans le cas des créances fiscales dont la mise en recouvrement n'est pas encore exécutoire, l'Etat auquel elles sont dues peut, pour protéger ses droits, demander à l'Etat requis de prendre des mesures provisoires prévues par la législation de celui-ci.

Article 28. REMBOURSEMENT DES RETENUES D'IMPÔT

1. Si les impôts sont perçus par retenue sur les dividendes, les intérêts, les redevances ou d'autres revenus dans l'un des Etats contractants, la présente Convention ne modifie en rien le droit de prélèvement fiscal intégral.

2. L'impôt perçu intégralement par retenue doit cependant être remboursé sur demande dans la mesure où sa perception est limitée par la présente Convention.

3. Le délai pendant lequel le remboursement peut être demandé est de quatre ans à compter de la fin de l'année civile au cours de laquelle les dividendes, intérêts, redevances ou autres revenus ont été perçus.

4. L'Etat contractant d'où proviennent les revenus peut exiger une attestation officielle de l'Etat contractant dont le contribuable est résident par laquelle celui-ci certifie que sont remplies les conditions d'imposition non limitée dans cet Etat.

5. Les autorités compétentes des Etats contractants appliquent les dispositions énoncées au présent article selon la procédure amiable visée à l'article 25 de la présente Convention.

6. Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent convenir à l'amiable d'autres modalités d'application des allègements d'impôt prévus par la présente Convention.

Article 29. MEMBRES DE MISSIONS DIPLOMATIQUES
OU CONSULAIRES

Les dispositions de la présente Convention ne portent pas atteinte aux privilèges fiscaux dont bénéficient les membres des missions diplomatiques ou consulaires en vertu des règles générales du droit international public ou de conventions internationales particulières.

Article 30. ENTRÉE EN VIGUEUR

1. La présente Convention est soumise à ratification; les instruments de ratification seront échangés dès que possible à Bonn.

2. La présente Convention entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification et s'appliquera :

a) Aux impôts perçus par prélèvement sur les montants payés ou crédités à compter du 1^{er} janvier 1991;

b) Aux impôts sur le revenu et la fortune relatifs à l'année civile 1991 (y compris l'exercice budgétaire se terminant au cours de cette année) et aux années suivantes.

3. Nonobstant les dispositions du paragraphe 2 du présent article, les impôts sur les dividendes distribués avant le 1^{er} janvier 1992 conformément aux dispositions de l'alinéa 4, *a* de l'article 10 de la présente Convention (au sens du paragraphe 6 de cet article) peuvent dépasser 5 p. 100 mais ne doivent pas excéder 10 p. 100 du montant brut des dividendes.

4. La Convention tendant à éviter la double imposition et à établir les règles administratives et judiciaires réciproques en matière d'impôt sur le revenu et sur la fortune et de patente d'assistance entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Norvège signée le 18 novembre 1958¹ à Oslo s'éteindra à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention et cessera de s'appliquer aux impôts auxquels celle-ci s'applique conformément aux dispositions des paragraphes 2 et 3 du présent article.

Article 31. DÉNONCIATION

La présente Convention restera en vigueur tant qu'aucune des Parties contractantes ne l'aura pas dénoncée. Chacune des Parties contractantes pourra la dénoncer à compter de la cinquième année qui suivra l'année de son entrée en vigueur, par notification transmise par la voie diplomatique six mois au moins avant la fin de l'année civile en cours. Dans ce cas, la présente Convention ne s'appliquera plus :

a) Aux impôts prélevés par retenue à la source sur les montants payés ou crédités au 1^{er} janvier de l'année civile qui suit l'année de dénonciation ou après cette date;

b) Aux impôts sur le revenu et sur la fortune pour l'année civile (y compris les années fiscales commençant cette année) qui suit l'année de dénonciation.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 357, n° I-5119.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires des deux Etats contractants ont signé la présente Convention.

FAIT à Oslo, le 4 octobre 1991, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et norvégienne, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale
d'Allemagne :

HARALD HOFMANN

Pour le Royaume
de Norvège :

JAN FLATLA

PROTOCOLE

A l'occasion de la signature, ce jour, de la Convention tendant à éviter la double imposition et réglant l'entraide administrative en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Norvège, les soussignés sont convenus des dispositions ci-après qui font partie intégrante de la Convention.

1. *Au sujet de l'article 5*

Le délai de 12 mois prévu au paragraphe 3 s'applique aussi aux activités de surveillance et aux activités consultatives exercées par l'intermédiaire d'un établissement stable ayant un rapport avec la construction ou le montage.

2. *Au sujet de l'article 8*

Les entreprises visées à l'article 8 sont réputées avoir le siège de leur direction effective dans les deux Etats contractants si, à la fois :

a) Elles sont dirigées par une société ou une autre association de personnes dont tous les participants sont conjointement responsables et dont au moins un participant a une responsabilité non limitée;

b) Un au moins de leurs participants est résident d'un des Etats contractants et un ou plusieurs autres sont résidents de l'autre Etat;

c) La direction effective de l'entreprise n'est pas exercée uniquement dans l'un des Etats contractants.

Dans ce cas, les bénéfices de l'entreprise sont imposables dans chaque Etat en proportion du nombre des associés visés à l'alinéa b qui sont résidents de celui-ci.

3. *Au sujet de l'article 10*

a) Les dividendes distribués par une société résidente des deux Etats contractants en application des dispositions du paragraphe 1 de l'article 4 peuvent être assujettis à l'impôt par chacun des Etats contractants conformément à son droit et aux dispositions de l'article 10. Les autorités compétentes des Etats contractants règlent les questions d'un commun accord afin d'éviter une double imposition;

b) Nonobstant les dispositions des paragraphes 2, 3 et 4 de l'article 10, les revenus de droits ou de créances assorties de participation aux bénéfices (en République fédérale d'Allemagne, y compris les revenus que les commanditaires retirent de leur participation à ce titre ou les revenus d'emprunt à lots, de « Gewinnobligation », de parts d'usufruit ou de droits de jouissance) qui sont déductibles des bénéfices du créancier sont imposables dans l'Etat contractant d'où ils proviennent conformément au droit de cet Etat.

4. *Au sujet des articles 10 à 12*

La personne qui perçoit les dividendes, intérêts et redevances en est considérée comme le bénéficiaire effectif au sens des articles 10, 11 et 12 si elle a droit à ces paiements et si les revenus qu'elle en retire doivent lui être attribués conformément au droit fiscal des deux Etats contractants.

5. *Au sujet des articles 15 et 23*

Nonobstant les dispositions de l'article 15, les rémunérations qu'un salarié résident d'un Etat contractant retire d'un travail salarié accompli dans le cadre d'un

contrat qu'il a conclu avec un fournisseur de personnel temporaire sur le territoire de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

Nonobstant les dispositions de l'article 23, ces rémunérations peuvent aussi être imposées dans l'Etat dont le salarié est résident. Cet Etat déduit le montant de l'impôt dans l'autre Etat contractant conformément aux principes énoncés à l'alinéa *b* du paragraphe 1 ou à l'alinéa *b* du paragraphe 2 de l'article 23.

Conformément à leur législation, les Etats contractants peuvent faire payer l'impôt sur ces rémunérations à l'employeur ou au salarié ou tenir l'un ou l'autre responsable de ce paiement.

6. *Au sujet de l'article 15*

Si une entreprise qui exploite des navires ou des aéronefs en trafic international est dirigée par une société de personnes à responsabilité illimitée dont l'un ou plusieurs des membres sont résidents de l'un des Etats contractants et dont les autres membres sont résidents de l'autre Etat, et si les autorités compétentes des deux Etats contractants ne peuvent pas s'accorder sur la question de savoir dans lequel des deux Etats se trouve le siège de la direction effective de l'entreprise, les rémunérations visées au paragraphe 3 de l'article 15 sont imposables dans l'Etat contractant dont leur bénéficiaire est résident.

7. *Au sujet de l'article 19*

Aussi longtemps que la République fédérale d'Allemagne, conformément à sa législation, ne pourra pas imposer les rémunérations visées au paragraphe 1 de l'article 19 qui sont perçues par des ressortissants norvégiens, le texte de l'alinéa *b* du paragraphe 1 de cet article sera libellé comme suit :

« Ces rémunérations ne sont cependant imposables que dans l'autre Etat si les services sont fournis dans cet Etat et si les personnes physiques sont ressortissantes et résidentes dudit Etat.

La disposition qui précède s'applique aux rémunérations payées avant le 1^{er} janvier de l'année civile qui suit celle au cours de laquelle le droit de la République fédérale d'Allemagne sera modifié de telle façon qu'il rende ces rémunérations imposables en Allemagne. »

8. *Au sujet de l'article 21*

Les paiements que reçoivent pour leur subsistance, leurs études ou leur formation les étudiants, stagiaires ou apprentis qui séjournent dans l'un des Etats contractants uniquement pour y faire des études ou y recevoir une formation et qui sont ressortissants de l'autre Etat ou l'étaient immédiatement avant leur entrée sur le territoire du premier Etat sont imposables dans ce premier Etat dans la mesure où les montants qui leur sont payés y ont leur origine.

9. *Au sujet de l'article 23*

Les dispositions du paragraphe 2 de l'article 23 excluent que les sociétés résidentes de la République fédérale d'Allemagne qui distribuent des revenus dont l'origine se trouve au Royaume de Norvège soient remboursées du montant distribué conformément au droit fiscal de la République fédérale d'Allemagne.

10. *Au sujet des articles 23 et 25*

Les Etats contractants évitent la double imposition par des déductions d'impôt conformément à l'alinéa *b* du paragraphe 1 et à l'alinéa *b* du paragraphe 2 de l'arti-

cle 23 et non pas par les déductions d'impôt visées à l'alinéa *a* du paragraphe 1 ou de l'alinéa *a* du paragraphe 2 de l'article 23 :

a) Si dans les Etats contractants les revenus ou la fortune relèvent de dispositions différentes ou sont imputés à des personnes différentes (si ce n'est conformément aux dispositions de l'article 9 de la présente Convention) et que cette contradiction ne se laisse pas dissiper par la procédure visée à l'article 25; et :

aa) Si les différences entre les dispositions applicables ou les différences d'imputation devaient entraîner une double imposition des revenus ou des éléments de fortune considérés;

bb) Si les différences entre les dispositions applicables ou les différences d'imputation devaient avoir pour résultat que les revenus ou les éléments de fortune considérés échappent à l'impôt ou ne soient pas imposés en République fédérale d'Allemagne ou au Royaume de Norvège; ou

b) Si un Etat, après avoir dûment procédé à des consultations et sous réserve des limitations de son droit interne, a notifié d'autres informations à l'autre Etat contractant par la voie diplomatique au sujet d'autres revenus auxquels il a l'intention d'appliquer les dispositions de ce paragraphe afin d'empêcher que des revenus ne soient exemptés d'impôt dans les deux Etats contractants ou que d'autres dispositions ne donnent lieu à des applications abusives de la présente Convention.

FAIT à Oslo, le 4 octobre 1991, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et norvégienne, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale
d'Allemagne :

HARALD HOFMANN

Pour le Royaume
de Norvège :

JAN FLATLA
